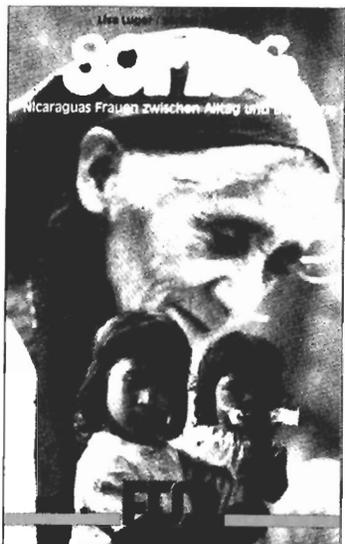


# FOCL

FORSCHUNGS- UND  
DOKUMENTATIONSZENTRUM  
CHILE/LATEINAMERIKA



Lisa Luger /  
Bärbel Sulzbacher

**SOMOS – Nicaraguas  
Frauen zwischen Alltag  
und Befreiung**

286 S. mit 40 Abb., DM 12,80

„**SOMOS**“ – „**Wir sind**“ ist der Titel der Zeitschrift der sandinistischen Frauenorganisation. Er wurde als Titel dieses Buches ausgewählt, weil hier nicaraguanische Frauen selbst zu Wort kommen. Sie erzählen aus ihrem Alltag, von ihren beruflichen Erfolgen und Schwierigkeiten, ihren Beziehungen zu Männern, ihrer Arbeit für die Revolution.

Interviews, Artikel, Reiseeindrücke, Comics und Fotos in diesem 'Lesebuch' informieren über:

- Gesundheits- und Bildungswesen
- die Arbeit der Hausangestellten
- den „machismos“
- die Frauenorganisation AMNLAE
- Frauen in der Verteidigung
- Prostitution
- viele andere Bereiche des Alltags in Nicaragua

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder bei:

LN-Vertrieb, Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61

# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 134

12. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Februar 1985

Solidaritätspreis DM 4,50

## BRASILien: jetzt auch liberal



Aus dem Inhalt:

**NICARAGUA:** Daniel Ortega Presidente – **EL SALVADOR:** Neues Vietnam? – **HONDURAS:** Angehörige der Verschwundenen organisieren sich – **GUATEMALA:** „Entwicklungszonen“ und Counter-Insurgency – **CHILE:** Schwäche der Opposition – Manifest der FPMR – **ARGENTINIEN:** Gewerkschaftswahlen

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>Zu diesem Heft:</b> .....	3
– BRASILIEN: Jetzt auch liberal .....	4
– NICARAGUA: Daniel Ortega Presidente .....	9
Leserbrief: Nicaragua – im besonderen Betrachtungs-	
feld der 'taz' .....	13
Rechtsberatungsbüro für Frauen .....	16
– EL SALVADOR: Neues Vietnam? .....	28
– HONDURAS: "Die Intervention hat schon stattgefunden..." ..	32
– GUATEMALA: "Entwicklungszonen" im Dienste	
der Counterinsurgency .....	36
– CHILE: Die Stärke der Regierung kommt	
aus der Schwäche der Opposition .....	41
"Bürger, noch immer haben wir kein Vaterland!"	
Auszüge aus dem ersten Manifest der FPMP .....	49
– ARGENTINIEN: Gewerkschaftswahlen .....	56
– USA: 'San Francisco Mime Troup' auf Deutschlandtournee ....	68
– SOLIDARITÄT: Ein Bücherbus für Nicaragua .....	70
– ZEITSCHRIFTENSCHAU: .....	71
– EINGEGANGENE BÜCHER: .....	73

## Zu diesem Heft

Während die Herren Shultz und Gromyko zu Beginn des Jahres in Genf darüber verhandelten, ob man in Zukunft (ernsthaft?) über strategische Abrüstung, das heißt vor allem über Rüstungsbeschränkungen im Bereich der atomaren Mittelstreckenraketen und über den entmilitarisierten Weltraum verhandeln sollte, waren die ersten konkreten Schritte auf dem Weg zum "Krieg der Sterne" längst unternommen. Von der Sowjetunion wissen wir nicht genau, wie ernst es ihr damit ist. Für die USA hat Kenneth D. Griffith von der konservativen Denkfabrik MIT (Massachusetts Institute of Technology) u.a. vor der Friedrich-Ebert-Stiftung offen zugegeben, daß die Verhandlungen für die US-Regierung nur Alibi charakter haben.

Wir haben es den Kollegen der Washington Post zu verdanken, daß die Weltöffentlichkeit darüber informiert worden ist, daß die USA im Dezember einen Geheim-Satelliten gestartet haben. Nicht ganz so geheim war das NATO-Flottenmanöver in der Karibik, an dem im Herbst '84 auch zwei Zerstörer der Bundesmarine teilnahmen, die sich auf diese Weise an der militärischen Einschüchterungsstrategie der USA gegen Nicaragua beteiligten. Gaby Gottwald, MdB der Grünen, enthüllte diese Tatsache vor dem Bundestag, und Verteidigungs-Staatssekretär Würzbach mußte sie bestätigen. "Right or wrong - my NATO ...", aber es war ja alles durchaus im Rahmen der militärischen Bündnisvereinbarungen. Denn der Nordatlantik ist geographisch so definiert, daß er bis zum Wendekreis des Krebses reicht, also knapp nördlich der kubanischen Küste aufhört. Fragt sich nur, was die ausgerechnet da geübt haben!?

Doch der mögliche Krieg der Sterne ist für Lateinamerika und die übrige 'Dritte Welt' mindestens so bedrohlich wie NATO-Kriegsschiffe in der Karibik! Weil nämlich die globale - oder muß es schon heißen: interstellare? - militärische Hegemonie der USA die Länder der 'Dritten Welt' politisch und ökonomisch noch abhängiger, noch erpreßbarer macht.

In Chile ist die Opposition vorerst politisch in einer Sackgasse gelandet. Vieles deutet auf eine Eskalation zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Volk und Regime hin. Eine "brasilianische Lösung" - allmähliche Öffnung zu einer Demokratie - scheint jedenfalls ausgeschlossen. Die relativ hoffnungsvollen Nachrichten aus Uruguay und Argentinien dagegen geben einen gewissen Anlaß zur Ermutigung. Vor allem deshalb, weil im 5. Jahr der Regierung Reagan schon das Ausbleiben größerer Katastrophen als Erfolg angesehen werden muß.

Impressum  
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
Jahrgang 12 der CHILE-NACHRICHTEN  
erscheint monatlich  
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv  
V.i.S.d.P.: Christian Klemke

Druck: Movimanto, Berlin-West

Redaktionsschluß: 17. Januar 1985

Abo-Preise:

Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-  
Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährwise berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.

Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postscheckkonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:  
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Im Mehringhof  
Gneisenastr. 2  
1000 Berlin 61

Tel. 030/6934029

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1.6.1983

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

## BRASILIEN

### Jetzt auch liberal

Am 15. Januar ist, wie erwartet, der Oppositionspolitiker Tancredo Neves mit großer Mehrheit vom eigens für diese Wahl einberufenen Wahlkollegium zum neuen Präsidenten von Brasilien gewählt worden. Seit 1964 ist er der erste Zivilist.

Schon seit Monaten hatte sich immer deutlicher der Sieg des Oppositionskandidaten abgezeichnet. Nun wurde er möglich durch die "Aliança Democrática", einem Bündnis zwischen der größten Oppositionspartei PMDB und den Dissidenten der Regierungspartei, die sich "Frente Liberal" nennen (siehe auch LN Nr. 131). Dieser Sieg, dem eine in der Geschichte Brasiliens noch nicht dagewesene Massenbewegung für die Direktwahlen zum Präsidenten vorausgegangen war, markierte den Anfang vom Ende einer über 20-jährigen Militärdiktatur und den Beginn einer Übergangsphase, die sehr wahrscheinlich auch eine Verfassungsreform durch eine noch einzuberufende Konstituierende Versammlung beinhalten wird, und somit eine grundsätzliche politische Neuordnung in Brasilien einleitet.

Durch die Verhinderung der Direktwahl des Präsidenten durch das Volk und die jetzige Unterstützung Tancredo's im Wahlkollegium haben sich jedoch viele der alten politischen Eliten schon jetzt günstige Positionen in der künftigen Regierung gesichert. Maluf, Kandidat der Regierungspartei und während der Diktatur reichgewordener Unternehmer, hatte hinter sich nur die reaktionärsten und korruptesten Gruppen in der PDS sammeln können: jene Unternehmer z.B., deren wirtschaftliche Existenz auch von der Existenz der Diktatur abhängig war (weil ihre Profite spekulativer Art waren oder sie sich durch Regierungsaufträge bereicherten), oder Politiker, die ihre politische Karriere aufgrund ihrer guten Beziehungen zum Regime gemacht hatten.

Malufs Kandidatur war indessen so stark umstritten, daß sie den Verfall der Regierungspartei stark beschleunigte. Ein sehr großer Teil der PDS-Abgeordneten lief zu den Dissidenten der "Frente Liberal" über, während eine

Fraktion um den ehemaligen Minister Jarbas Passarinho nur noch auf die Niederlage Malufs im Wahlkolleg wartete, um ihm die Kontrolle des Parteiapparates streitig zu machen.

Andere wirtschaftliche Interessengruppen, insbesondere liberalere Unternehmerverbände wie z.B. die FIESP in São Paulo, hatten sich zwar lange Zeit mit der Diktatur arrangiert, äußerten aber seit einigen Jahren immer heftiger Kritik an den verkrusteten Machtstrukturen des Regimes. Sie sahen in ihm keinen Ausweg mehr aus der Krise des "brasilianischen Modells" und schlugen sich nun auf die Seite der Opposition. Ihre Unterstützung im entscheidenden Moment hat zu Tancredos Sieg beigetragen.

Diese Entwicklung der Zusammenführung großer Blöcke ehemals politischer Gegner ist ein neuer Trend in der brasilianischen Politik - und er hat auch einen Namen: "Liberalismus". Heute nennen sich fast alle Politiker "liberal", unberührt davon, ob sie gestern noch bedingungslos die Diktatur unterstützt haben, oder ob sie morgen dirigistische Maßnahmen in der Wirtschaft befürworten.

Wie wird diese "liberale" Politik der neuen brasilianischen Regierung nach dem 15. März, wenn Tancredo Neves sein Amt antritt, aussehen? Tancredo muß dann vor allem zwischen jenen politischen Kräften vermitteln, die ihm an die Macht verholpen haben, und er muß sich gleichzeitig um ein Minimum an Kohärenz bemühen angesichts der kritischen wirtschaftlichen und sozialen Situation des Landes. Bislang hat er es noch vermieden, den unterschiedlichen Gruppierungen bestimmte Posten zuzusichern. Dennoch läßt sich anhand seiner (spärlichen) Erklärungen, oder denen seiner engsten Mitarbeiter eine grobe Richtung seiner Politik erkennen. Wahrscheinlich ist z.B. eine Reform der Ministerien. Ziel dieser Maßnahme ist einerseits die Abschaffung der sog. "Superministerien", um zu verhindern, daß ein einzelner Minister über zuviele Machtbefugnisse verfügt. Delfim Netto, Chef des Planungsministeriums (Secretaria de Planejamento) hatte bislang eine solche Schlüsselposition, aus der er praktisch in alle anderen Ministerien hineinregieren konnte.

Andererseits hat eine solche Reform möglicherweise zum Ziel, große Ministerien in ihren Zuständigkeiten zu teilen, um sie unter der PMDB und der "Frente Liberal"

aufzuteilen. Hierfür kämen in Frage die Ministerien Erziehung und Kultur, Energie und Bergbau und Industrie und Handel. Hierdurch könnte gewährleistet werden, daß die unterschiedlichen politischen und regionalen Interessengruppen jeweils ihren "eigenen" Minister bekämen.

Eines der am meisten umkämpften Ministerien ist aber sicherlich das Innenministerium. Ihm sind alle Institutionen untergeordnet, die im Nordosten Kredite vergeben oder Infrastrukturmaßnahmen durchführen (z.B. Sudene, Dnocs, etc.). Daher wird es in jedem Fall von Politikern des Nordostens beansprucht, ob PMDB oder "Frente Liberal". Letztere, deren Wählerbasis eher im ländlichen Bereich liegt, ist von der Kontinuität der Leistungen dieser Förderungsinstitutionen abhängig. Die PMDB hingegen, eher mit städtischer Basis, fordert umfangreiche Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut in den Städten. Darüber hinaus gibt es auch Überlegungen, ein spezielles Ministerium für den Nordosten zu schaffen.



Wie heftig das Gerangel um Posten und Einfluß zwischen der "Frente Liberal" und der PMDB bereits im Gange ist, hat der Fall einer Arbeitsgruppe gezeigt, die die neue Wirtschaftspolitik der ersten 100 Tage der neuen Regierung erarbeiten soll. Tancredo hatte je zwei Ökonomen von der "Frente Liberal" und der PMDB (darunter auch Celso Furtado) dazu eingeladen, und den Vorsitz José Serra, Planungsminister von São Paulo, anvertraut. Serra, renommierter Ökonom einer Gruppe von Wissenschaftlern an der Universität von Campinas (Unicamp) war schon in der Studentbewegung aktiv gewesen (u.a. als Vorsitzender der Nationalen Studentenvereinigung) und ist in konservativen Kreisen als Kommunist verschrien. Sofort setzte die "Frente Liberal" Tancredo unter Druck, bis er die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe zu Gunsten der "Frente" veränderte: jetzt besteht sie aus je drei Mitgliedern der beiden Bündnispartner. Die "Frente Liberal" hat klar zu verstehen gegeben, daß sie auch eine paritätische Aufteilung anderer Posten erwarte.

Tritt dies allerdings ein, so ist eine konsequente Reformpolitik in Frage gestellt. Bei allzuviel personeller Kontinuität von der alten zur neuen Regierung könnte auch viel politische Kontinuität stattfinden. Die Tatsache, daß José Sarney, vor sechs Monaten noch Vorsitzender der Regierungspartei PDS, zur "Frente Liberal" überlief und nun Vize-Präsident geworden ist, ist bereits bedenklich genug.

Wo ein breiter Konsens noch am ehesten möglich erscheint, ist die Reform der politischen Institutionen. Viel schwieriger ist allerdings der Bereich der Wirtschaftspolitik. Die PMDB hat im August 1984 in dem Dokument "Verantwortung für die Nation" (Compromisso com a Nação) die Notwendigkeit eines "Notprogramms gegen Hunger und Arbeitslosigkeit" (Plano de Emergência para a Fome e o Desemprego) hervorgehoben. Konkrete Pläne liegen indessen noch nicht vor. Angeblich sammeln die Mitarbeiter Tancredos noch immer Vorschläge zur Verbesserung der Situation.

Lediglich drei Schwerpunkte des zukünftigen Regierungsprogramms liegen fest: Kampf gegen die Inflation, gegen die Auslandsverschuldung und gegen die Armut. Die leicht fallende Arbeitslosigkeit und Tancredos vorhersehbarer Sieg haben in Unternehmerkreisen und in den Mittelschichten einen gewissen Optimismus geweckt, der sich, trotz der sonst üblichen Sommerflaute, in Inverstitutionsfreudigkeit und Konsumsteigerung niederschlägt.

Tancredo möchte nun dieses günstige Klima ausnutzen um möglichst breite Teile der Bevölkerung für sein politisches Programm zu gewinnen. Vorbild hierfür ist der "Pakt von Moncloa", der in Spanien nach dem Ende der Franco-Diktatur geschlossen wurde. Danach sind die Parteien, vor allem aber die Unternehmerverbände und die Gewerkschaften aufgefordert, ihre spezifischen Interessen einer nationalen Konsolidierung unterzuordnen.

Bereits am 8. November sprach Tancredo vor Industriearbeitern während eines nationalen Gewerkschaftstreffens. Die Aussagen hinsichtlich konkreter Entscheidungen für die Zukunft der unteren Einkommenschichten sind allerdings sehr vage geblieben. Er verpflichtete sich lediglich, die Gewerkschaftsautonomie zu respektieren bzw. einzuführen, die Partizipation der Arbeiter an der Verwaltung der Sozialfonds der Unternehmen zu erlauben und eine Agrarreform auf der Grundlage der bestehenden Gesetze (Estatuto da Terra) durchzuführen. Andererseits äußerte Tancredo aber auch Erwartungen. Nach dem Motto "wir müssen alle unsere Gürtel enger schnallen", sollen sich die Arbeiter im Interesse des nationalen Aufbaus noch einmal opfern, die Gewerkschaften sollen mindestens sechs Monate lang keine Streiks durchführen.

Einem der dringenden wirtschaftlichen Probleme des Landes, der horrenden Auslandsverschuldung, will Tancredo zunächst nicht anders entgegenreten als die bisherige Regierung. Der Internationale Währungsfond und seine Maßnahmen in der brasilianischen Wirtschaft werden akzeptiert - es soll weiter verhandelt werden. Daher gehen Experten davon aus, daß auch 1985 die Inflationsrate nicht unter 200% fallen wird.

Ob bei der dadurch immer katastrophaler werdenden wirtschaftlichen Situation der Bevölkerung, insbesondere der unteren Einkommenschichten, und der nur zaghaft zu erwartenden politischen Reformen die Euphorie der breiten Massen über die neue Zivilregierung sehr lange anhält, kann bezweifelt werden.

## NICARAGUA

### Daniel Ortega Presidente

Am 10. Januar tritt Daniel Ortega sein Amt als erster Präsident Nicaraguas an, der aus Wahlen hervorgegangen ist, die für diejenigen frei waren, die bisher ihre Stimme nur unter Druck hatten abgeben können. Im Vorfeld der Amtsübernahme hat Ortega zahlreiche Interviews gegeben, so auch dem SPIEGEL und der US-amerikanischen Zeitschrift LATIN AMERICA REGIONAL REPORT. Beide Male geht es an erster Stelle um die Möglichkeit einer Invasion seitens der USA und die Folgen der Bedrohung von außen auf die Wirtschaft und das Fortbestehen der Revolution. Es ist völlig klar, daß die beiden Interviews diplomatische Fensterreden sind und nicht das widerspiegeln, was die FSLN in den eigenen Reihen diskutiert. Es ist jedoch nicht uninteressant zu sehen, wie nach Meinung des neuen Präsidenten die Situation in Nicaragua der Außenwelt vorgeführt werden soll, um sich dann zu fragen, in welchem Verhältnis seine Worte zur realen Politik stehen.

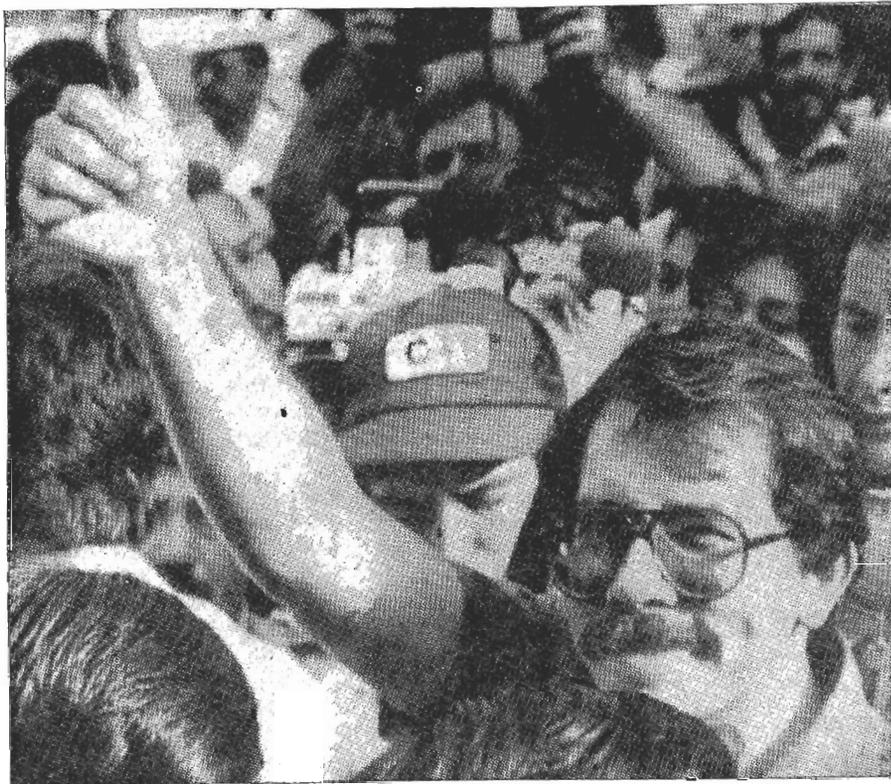
Da betont er zunächst einmal, daß es dumm und geradezu selbstzerstörerisch wäre, wenn die USA versuchten, Nicaragua zu überfallen. "Denn das würde sich auf ganz Lateinamerika, besonders aber Zentralamerika auswirken. Eine Invasion in Nicaragua wird eine Revolution in der gesamten Region auslösen. Die USA werden sich einer Explosion in Zentralamerika gegenübersehen, denn der Widerstand wird weit über die Grenzen Nicaraguas hinausgehen. Alle Revolutionäre von Mittelamerika werden sich vereinigen." (REGIONAL REPORT vom 30.11.84).

Ortega meint auch, daß die zunehmende Stärke der Befreiungsbewegungen und der oppositionellen Strömungen in El Salvador, Honduras, Costa Rica und Panama eine US-Invasion letztendlich zum Scheitern verurteilen müßten.

Im SPIEGEL ist das alles etwas weniger drastisch ausgedrückt, aber auch hier meinte Ortega, die Nordamerikaner warnen zu können, denn "unter der falschen Annahme, daß das Volk hier nicht mit der Revolution sympathisiert, könnten die USA die Dummheit einer Invasion wagen."

Die kühnen Sätze werden im SPIEGEL von guten und kräftigen Argumenten gegen die Aggressionspolitik der USA umrahmt und begleitet mit Versicherungen über Nicaraguas nichtsozialistischen, nicht kubanischen Weg.

Ortega betont beiden Interviewpartnern gegenüber, daß die Grundlagen seines Landes die Gemischte Wirtschaft, der Pluralismus und die Blockfreiheit seien. Grundlage von diesem allem ist aber der Indinismus "alle Nicaraguaner müssen Sandinisten sein, so wie man als richtiger Nordamerikaner Helden wie Lincoln und Washington respektieren und bewundern muß." (REGIONAL REPORT).



*Daniel Ortega, der am Donnerstag als neuer Präsident Nicaraguas eingeführt wurde.*

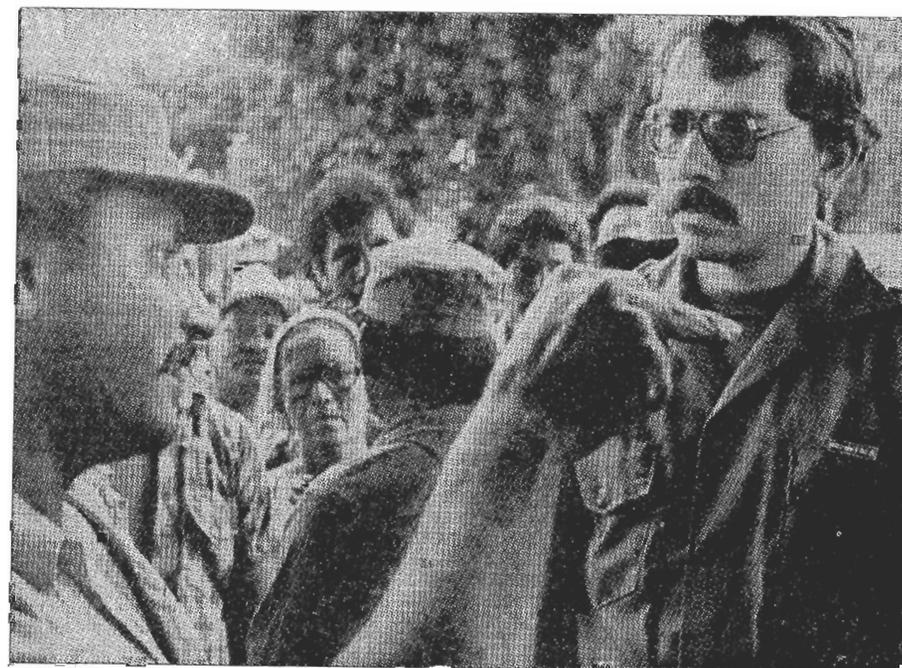
Ortega ist oft als der Gemäßigte beschrieben worden, der sich eher von der SI als von Moskau angezogen fühlt. Er soll den sozialistisch-kubanisch orientierten Flügel um Tomas Borge und Henry Ruiz ins zweite Glied verwiesen haben. So wollen es die Gerüchte in Managua, deren es ja viele gibt und die Beobachtungen von Eingeweihten; diejenigen, die auf offizielle Quellen der Information angewiesen sind, können wenig dazu sagen.

Wir können nur feststellen, daß die Praxis der nicaraguanischen Politik in den letzten Monaten deutlicher denn je auf politische Lösung und Versöhnung mit den Feinden zielt und Ortegas Kraftmaierei den ausländischen Journalisten gegenüber in krassem Gegensatz steht. Gleich nach den Wahlen hat die Regierung der Opposition einen nationalen Dialog angeboten und mit dem bisherigen Staatsfeind Brooklyn Rivera über eine Möglichkeit verhandelt, die Streitereien mit der indianischen Minderheit beizulegen (vgl. LN 133). Die Tatsache, daß die Boykotteure der Wahlen dem Dialog ferngeblieben sind, zeigt, wie gering sie diese weiterhin achten und wie schwer es Ortega haben wird, gegen den Zermürbungsprozeß anzukämpfen, der von diesen Kreisen, an ihrer Spitze die Kirche, ausgeht.

Die wirtschaftliche und politische Situation ist bedenklicher denn je. Die Auslandsschulden des Landes sind auf 4 Milliarden angestiegen, die Kaffeeernte wird durch Contraüberfälle stark bedroht, so daß die Deviseneinnahmen aus dem Export weiter sinken. Man versucht, durch eine Intensivierung der Viehzucht einen Ausgleich zu schaffen, muß aber dafür die Anreize bei den Gutsherren erst schaffen. Die einzige Möglichkeit ist, ihnen Dollars zu bieten. Der Krieg beginnt immer deutlichere Spuren zu hinterlassen, die Kriegsmüdigkeit wächst und immer mehr der jungen Soldaten sind nicht freiwillig in der Armee. Es wird deshalb versucht, die Lücke, die durch Deserteure und fehlende Freiwillige entsteht, durch Zwangsrekrutierungen auszugleichen.

Gegen die schwindelerregenden Preise und die Spekulation werden Gesetze erlassen, die nicht greifen können so lange ein freier Markt besteht. Die Kosten für die Verteidigung werden immer höher, auch wenn Nicaragua (wie es nicht ruht, bekanntzugeben) keine Waffen kauft.

Noch kann die Regierung darauf vertrauen, daß sie im Ernstfall die Massen für sich mobilisieren kann, die Wahlen waren dafür ein positiver Test. Aber die Anwesenheit der Contra in immer größerer



*Daniel Ortega, hier beim Besuch einer Baumwollkooperative im Norden Nicaraguas.*

*Foto: Cordelia Dilg*

Nähe der Städte und die schlechter werdende Versorgungslage schaffen eben auch immer bessere Voraussetzungen dafür, daß der Zermürbungsprozeß voranschreitet und die Nicas zwingt, sich den Frieden durch Kompromisse und Zugeständnisse zu erkaufen. So dürften die sieges-sicheren Worte in den oben zitierten Interviews Ausdruck der heldenhaften Selbstüberschätzung sein, die Nicaraguas Politiker von Zeit zu Zeit überkommt, die sie benutzen, um sich und dem Volke Mut zu machen und die ihnen in der Vergangenheit über manche Schlappe hinweggeholfen hat. Daniel Ortigas politisches Streben kommt eher in einem Satz zum Ausdruck, den er einem Korrespondenten von UPI gegenüber geäußert hat: "Unsere hauptsächliche Anstrengung wird darauf gerichtet sein, eine Friedensformel zu finden. Mit anderen Worten, eine friedliche Lösung der Probleme in der Region und vor allem der Probleme, die wir mit der nordamerikanischen Regierung haben." (taz 04.01.85).

## POSTSCRIPTUM IN EIGENER SACHE

Auf dem Bundestreffen der Nicaraguakomitees Mitte Dezember in Mainz ist harte Kritik an der Nicaragua-Berichterstattung der taz lautgeworden und diese fand eine Ergänzung durch einen Leserbrief, der direkt aus Managua kam und von mehreren Personen der dort lebenden Deutschen (Internacionalistas) unterzeichnet war (taz vom 19.12.84). Sicher ist es nur dem Umstand zu schulden, daß die LN weniger gelesen werden, daß wir in diesem Zusammenhang verschont geblieben sind, denn alles, was an Vorwürfen kam, trifft auch auf unsere Berichterstattung voll und ganz zu.

Wie schon öfter in den letzten Jahren beklagen sich die Praktiker/innen (diejenigen, die die Erfahrungen machen) über den Voyeurismus der Schreiberlinge, die nur von außen zusehen und dann noch nichts als zu meckern haben.

Die Geschichten sind alt, wir kennen sie auch aus anderen Zeiten, aber sie ärgern uns immer wieder. Da haben sich ein paar Leute ein Wolkenkuckucksheim geschaffen und fühlen sich unentbehrlich und einer großen Sache ergeben. Und da wehren sie sich gegen alles, was ihre heroische Tat relativieren könnte. Da machen wir die Erfahrung, daß die meisten Internacionalistas die Barricada nachbeten, falls sie sie überhaupt lesen, und ansonsten beschämend wenig Ahnung haben über das, was in Nicaragua passiert.

Es ist hier nicht der Ort, das leidige Thema Revolutionskarrierismus abzuhandeln, es wird durch den Umstand um so unleidiger, daß viele dieser Obersolidaristen hinter der vorgehaltenen Hand und im vertrauten Kreise die allerschaurigsten und zynischsten stories zutage fördern und es den Schreibtischtätern danken sollten, daß diese den Mantel des Schweigens über diese Doppelzüngigkeiten halten.

Von obiger Auffassung fühlen sich viele, jedoch nicht alle Mitglieder der Redaktion der LN repräsentiert.

## LESERBRIEF:

### NICARAGUA - IM BESONDEREN BETRACHTUNGSFELD DER 'TAZ'

Aufgrund der etwas verzögerten Nachrichtenübermittlung an uns in Nicaragua lebende Internationalisten, sind wir leider erst sehr spät in den Genuß der "taz"-Sonderberichterstattung zu den Wahlen in Nicaragua gekommen.

Der Inhalt einiger der in dieser Nummer verkauften Artikel zwingt uns geradezu, Euch einen Leserbrief zu schreiben!

Bereits in der Vorwahlphase ist uns immer wieder aufgefallen, daß die "taz" versuchte, - sicher auf der Zeitungsmacher eigenen Basis, möglichst dem Anspruch, pluralistischer Berichterstattung gerecht zu werden - all die vielen Schattenseiten der revolutionären Entwicklung dem eh schon skeptischen bundesdeutschen Publikum nahezu bringen.

Erinnern wir an K.D. Tangermanns diffusen Artikel über die "skandalöse" Pressezensur in Nicaragua, worin er versuchte, der sandinistischen Zensurstelle die Unfähigkeit zur Differenzierung der Berichte zu bescheinigen. Angesichts dessen, was die "PRENSA" - um die es in diesem Artikel ging - täglich an Hetzartikeln einerseits und Schwachsinnartikeln andererseits veröffentlicht und dies trotz Zensur (zensiert werden ausschließlich Berichte und Kommentare über die militärische und versorgungspolitische Situation) ziehen wir Parallelen zu unserer allseits bekannten Bild-Berichterstattung, allerdings mit dem kleinen Unterschied, daß sich Nicaragua im Verteidigungskrieg befindet. Und in diesem Zusammenhang wollen wir doch mal daran erinnern, daß in Zeiten etwas stärkerer und einheitlicherer bundesdeutscher Widerstandsbewegungen auch in diesen Kreisen die Gefahr gezielter und gesteuerter Pressekampagnen erkannt wurde und Kampagnen sogar militanter Art gegen solche Hetzblätter unsererseits durchgeführt wurden. Oder was war sonst die Anti-Springer, Anti-Bild-Kampagne.

Und daß die PRENSA durch CIA-Gelder gesponsert wird, daß die Redaktion der PRENSA regelmäßig von Vertretern der US-Administration besucht wird - den gleichen also, die nach wie vor den Krieg gegen Nicaragua steuern - dürfte sich mittlerweile auch bis in die Redaktionsräume der "taz" rumgesprochen haben.

K.D. Tangermann, was willst Du uns also mit Deinem Artikel für eine Botschaft übermitteln? Etwa, daß an der Frage der PRENSA der revolutionäre Prozeß gescheitert ist? Wessen Interessen vertrittst Du dabei?

Michael Rediske, auch Deinen aktuellen Korrespondentenbericht aus Managua zu den Wahlen haben wir gelesen. Warum bemüht Du Dich dabei, so viele faktische Falschinformationen an die bundesdeutschen Leser zu übermitteln? Dein erster Absatz, von welchem "Ticker" hast Du Dir die Info's geholt? Oder hast Du einfach die Schwierigkeiten gehabt, den Artikel den Gesamt-"taz"-Wahrheiten anzupassen, die darauf abzielen, der FSLN die Basis im Land abzusprechen?

Wir waren auf der Veranstaltung auf der Plaza mitten unter den ca. 300 000 Leuten (Du schreibst 50 000 - die gleiche Zahl hat übrigens auch die PRENSA angegeben). Du schreibst "... überwiegend jugendliche Anhänger...", wir zwängten uns Richtung Tribüne zwischen Männern und Frauen aller Altersklassen, von Kleinkindern bis zu Opas und Omas. Du schreibst "... obwohl diesmal Daniel Ortega rhetorisch nicht glänzte..." bzw. "...als Ortega wieder einmal von der realen Gefahr einer nordamerikanischen Intervention spricht, allerdings ohne eine zusätzliche Prognose zu wagen...".

Wenn Du das schon erwähnst, warum läßt Du dann die dieser Aussage vorweg vorgefallenen Ereignisse weg, z.B. die ganz Nicaragua in Aufregung versetzende 1. Überschall-Detonation des Spionagefluges der US-Luftwaffe? Oder geht es Dir darum, Ortega als einen penetranten Kriegsprognosesteller hinzustellen, eh nicht mehr ernstzunehmen? Oder willst Du, daß er endlich mal recht bekommt?

Was willst Du also mit den dahingeschluderten Sätzen vermitteln? Außerdem, ein kleiner zusätzlicher Korrekturstrich: von einer drohenden US-amerikanischen Intervention in Mittelamerika kann hier wohl nicht mehr die Rede sein, oder begreifen wir es falsch, wenn wir behaupten, daß die USA sich permanent auf reichlich brutale und mächtige Art und Weise in Mittelamerika und auch in Nicaragua einmischen?

Dank Leo Gabriel wissen wir nun auch endlich, daß die sandinistische Politik bereits glänzend gescheitert ist, die Wahlen auch sowieso nur eine Farce waren - ein Trauer-Schauspiel, in dem die FSLN sich besonders pluralistisch geben wollte. Interessant ist auch dabei wieder festzustellen, daß als Maßstab der Beurteilung die Einschränkung der Freiheiten und Interessen des Bürgertums genommen wird.

Bei diesem Trümmerfeld verblaßter Hoffnungen bundesdeutscher Revolutionsphantasien fernab der Heimat, da wär's doch wirklich sinnvoll, schnell die Koffer zu packen! Vor allem wirft es die Frage auf, deren negative Beantwortung den eh vorhandenen Skeptikern bereits durch die "objektive" Berichterstattung suggeriert wird,

"lohnt es sich denn überhaupt noch, angesichts all dieser Schwachstellen im revolutionären Prozeß, der doch bitte schön "rein" zu sein hat, sich solidarisch zu Nicaragua und zu den Befreiungsbewegungen in Mittelamerika zu verhalten?"

Wir packen unsere Koffer nicht!

Seit Monaten befindet sich Nicaragua im Verteidigungskrieg! Wir wollen jetzt hier nicht zum wiederholten Male die Folgen dieser aggressiven US-amerikanischen Hinterhofpolitik aufzählen, die Tausenden von Toten, die enormen ökonomischen Verluste, die Behinderung eigenständiger Entwicklungen. Die Daten und Fakten sind bekannt.

Wir fordern allerdings zur Solidarität mit dem Prozeß in Nicaragua auf, kritisch, aber kontinuierlich und nicht nur dann, wenn Anzeichen einer direkten US-Invasion deutlich werden. Und in diesem Zusammenhang fordern wir die "taz" auf, ihre Kommentare und ihre Berichterstattung solidarisch und mit politischen Standpunkten zum revolutionären Prozeß in Nicaragua zu verfassen. Es geht darum, den Kampf in Nicaragua zu stärken und die Invasion zu verhindern. Nur eine konsequente antiimperialistische Politik gerade auch in der BRD bringt uns weiter.

NO P A S A R A N !!!

Verein zur Selbsthilfe - Masaya

Verein Monimbo e.V. - Masaya

Verein zur Förderung von Landwirtschaft und Umwelt e.V. -Managua

Werkschule Berlin - Nicaraguagruppe - Masaya

Heike Adam  
Marianne Bauder  
Claudia Lipin  
Rudolf Bauer  
Sonja Kugler  
Siegfried Knauer  
Rosi Karges

Werner Schlienz  
Roland Jahn  
Günter Kipp  
Andreas Froese  
Peter Gerger  
Judith Jeschke  
Ralf Schröder  
Erika Harzer

## Rechtsberatungsbüro für Frauen in Managua

Nicaragua ist gerade in letzter Zeit immer wieder im Mittelpunkt der Öffentlichkeit. Die drohende Interventionspolitik der USA, die gescheiterten Contadora-Verhandlungen, die Kriegssituation, die innenpolitischen Probleme, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der Konflikt mit der Kirche, das Miskitoproblem, die Wahlen etc. finden weitgehend Beachtung in der Presse.

Weniger bekannt dagegen ist die Situation von Frauen in Nicaragua. Weniger bekannt sind auch die Auswirkungen der Sozialpolitik der FSLN und des veränderten Gesundheits- und Erziehungswesens, von denen gerade die Frauen als Hauptverantwortliche der Familie besonders betroffen sind.

Besondere Bedeutung für die Frauen haben die zahlreichen Veränderungen im juristischen Bereich. Seit März 1983 existiert in Managua ein Rechtsberatungsbüro für Frauen. Der nachfolgende Artikel basiert auf einem Interview mit Maria Lourdes Bolanos und befaßt sich mit der Arbeit dieses Frauenrechtsberatungsbüros und der veränderten rechtlichen Situation für Frauen und Familie.

Das Rechtssystem ist dreigliedrig in Verwaltungsrecht (dem heute wie unter Somoza geringe Bedeutung zukommt), Straf- und Zivilrecht unterteilt, wobei das Arbeitsrecht und Familienrecht dem Zivilrecht unterfällt.

Schwerpunkt des Arbeitsrechts aktuell sind Streitigkeiten um Verpflegung und Gesundheitsschutz, insbesondere der Landarbeiter, sowie Lohnfragen (Nachdem im letzten Jahr eine generelle Erhöhung der Löhne und insbesondere der Mindestlöhne an der Regierungsjunta gescheitert ist, die hingewiesen hat auf die ökonomische Situation und den un-erklärten Krieg, läuft zur Zeit eine breite Kampagne zur Festlegung von Lohngruppen der Produktions- und Landwirtschaftsarbeitergewerkschaft (CST und ATC), um mit

einer hohen Eingruppierung der Arbeiter eine indirekte Lohnerhöhung zu erreichen. ) Diese werden hauptsächlich kollektiv mit den Gewerkschaften gegen Unternehmer und Landbesitzer und das Arbeitsministerium ausgetragen. Der individualarbeitsrechtliche Bereich hat geringen Umfang. Die unter Somoza bestehenden arbeitgeberfreundlichen Arbeitsgerichte wurden aufgelöst, die wenigen Fälle jetzt vor den Zivilgerichten verhandelt. Diese arbeiten jedoch langsam, schwerfällig und ineffektiv.

Die drei Instanzen entsprechen den hiesigen Amts- und Landgerichten, Berufungsgerichten und Bundesgerichten. Streitigkeiten unter 4 000 Cordobas sind den lokalen Gerichten, die darüber den Distriktgerichten zugeordnet.

Auch der Bereich des Familienrechts ist den Distriktgerichten zugewiesen. Zwar besteht in Familiensachen kein Anwaltszwang, jedoch ist das Recht sehr formalisiert, die Sprache sehr kompliziert und für normale Menschen unverständlich, so daß frau nicht ohne Anwalt/Anwältin auskommt. Auch eine drei- bis sechsmonatige Alphabetisierungskampagne macht nicht aus allen Künstlerinnen im Umgang mit der Bürokratie.

Zu Zeiten Somozas waren Prozesse langwierig, ineffektiv und teuer; Korruption war an der Tagesordnung. Es



gibt keine Gerichtsgebühren. Die Gebühren eines Rechtsanwaltes bei einer Scheidung belaufen sich auf 10 000,- bis 15 000,- Cord., das entspricht fast dem Jahresarbeitsverdienst einer Arbeiterin. Prozeßkostenhilfe oder Armenrechtsmodelle sind unbekannt. Eine große Anzahl der Richter wurde nach 1979 ausgetauscht, jedoch ist dadurch die Korruption nicht vollständig beseitigt.

Das heutige Familienrecht entspricht in weiten Teilen dem Recht vor 1979, das dem spanischen Recht sehr ähnlich ist, welches wiederum auf dem Code Napoleon beruht (vgl. Berman-Ferid Band VII).

Eine wichtige Gesetzesänderung war das Gesetz zur Regulierung der Beziehung von Mutter, Vater und Kindern. (Ley de Regular las Relaciones de la Madre, Padre y Hijos vom Juni 1982). Es beinhaltet die Gleichstellung der Frau in der Familie, betont die Verantwortung des Vaters für die Versorgung der Kinder und wertet die Hausarbeit auf.

Zu erwähnen ist weiter das Adoptionsgesetz, das den Verbleib von Kindern bis zum 18. Lebensjahr bei den Eltern in Nicaragua regelt und damit dem Export von Kindern vorbeugen und die Ausbeutung der Kinderarbeit verbieten soll. Es ist besonders angesichts der vielen Kriegswaisen von Bedeutung.

Diskutiert wird ein Gesetz über die Abstammung, das das Vaterschaftsanerkennnis, das Namenrecht und die staatliche Unterstützung für nichteheliche Kinder regeln soll. Gerade in einem Land, in dem ein Großteil der Frauen mit den Kindern allein lebt, der Frauenüberschuß sehr hoch ist und es als "muy macho" für den Mann gilt, viele Kinder zu zeugen (aber nicht zu ernähren), hat die Anerkennung oder Feststellung der Vaterschaft und damit der Unterhaltsanspruch des nichtehelichen Kindes eine große Bedeutung.

Verhütung ist zwar kostenlos und wird an allen Gesundheitsstationen ausgegeben, ist in der Praxis aber Sache der Frauen. Nicht nur der Einfluß der katholischen Kirche wirkt dem Gebrauch entgegen, auch im Selbstverständnis der Frauen gehören Kinder zum Frauenbild. Nach den Erfahrungen von Sterilisationskampagnen unter Somoza, bei denen die Frauen ganzer Dörfer auf einmal sterilisiert wurden, begreifen manche Frauen von AMNLAE (Asociación de Mujeres Nicaragüenses Luisa Amanda Espinosa - die Frauenorganisation Nicaraguas) es sogar als Errungenschaft der Revolution, daß Frauen unbegrenzt Kinder bekommen kön-

nen, war mir angesichts der ökonomischen Lage der Frauen und der Probleme, die sie haben, wie ein Hohn vorkam.

## DISKUSSIONEN UM DAS NEUE UNTERHALTSGESETZ

Das wichtigste Gesetzeswerk, das zur Zeit auf seine Ratifizierung durch die Regierungsjunta wartet, ist ein neues Unterhaltsgesetz. Präsident Daniel Ortega hält jedoch die Zeit zur Ratifizierung für noch nicht "reif". Dieses Gesetz, das von der Frauenorganisation AMNLAE nach Befragung von 400 Haushalten und unter heißen Diskussionen und einer Kampagne vorgeschlagen wurde, beinhaltet u.a.

1. die Unterhaltspflicht des Ehepartners im Falle der Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit und Versorgung von kleinen Kindern,
2. die Verpflichtung zum Unterhalt der ehelichen und nicht-ehelichen Kinder sowie der volljährigen Kinder gegenüber ihren Eltern im Falle von deren Bedürftigkeit,
3. die Verpflichtung, demjenigen, der in der Ehe die Haushaltsführung und Kindererziehung übernimmt, ein Wirtschaftsgeld zu zahlen.

Während der unter 2. genannte Schwerpunkt die alte Gesetzeslage widerspiegelt und auch in der Großfamilie praktiziert und allgemein anerkannt wird, riefen Punkt 1 und 3 einen Sturm der Entrüstung unter den Männern und große Diskussionen unter den Frauen hervor.

Zwar war der Ehegattenunterhalt schon unter dem alten Gesetz geregelt, jedoch an die Scheidung gebunden. Er spielte in der Praxis keine bedeutende Rolle. In der Arbeiterklasse reicht das Einkommen des Mannes allein oft nicht zur Versorgung der Familie aus, so daß schon deshalb die meisten Frauen gezwungen sind, durch Handel, Hausarbeiten und Landwirtschaft zur Existenzsicherung der Familie beizutragen. Viele Frauen leben nicht verheiratet oder getrennt vom Mann mit den Kindern zusammen. Sie sind auf ihren eigenen Verdienst angewiesen, da Unterhaltszahlungen nur schwer durchzusetzen und einzutreiben sind. Frauen der AMNLAE und Maria Lourdes aus dem Rechtshilfebüro betonen, daß Frauen auch zu stolz seien, um von dem Mann Geld zu nehmen. Tatsächlich dürften aber die geringen Einkommen der Männer und deren machistische Einstellung, also die Nichtanerkennung der Hausarbeit als Arbeit und damit Geldwert, der wahre Grund sein.

Das ergibt sich auch aus der Reaktion auf den 3. Schwerpunkt des Gesetzes. Es entspricht der traditionellen Rollenverteilung, daß der Frau die Haus- und Erziehungsarbeit allein zugewiesen ist, sie aber Lebensmittel, Haushaltsmittel, Kleidung etc. allein zu finanzieren hat. Der

Mann begreift es als Geschenk , nicht als Verpflichtung, dazu beizutragen.

Vor dem Gesetz zur Regelung der Beziehung von Mutter, Vater und Kindern war auch nach dem Gesetz die Hausarbeit allein der Frau zugeteilt als unentgeltliche Verpflichtung; nach seinem machistischen Selbstverständnis rührt der Mann im Haushalt keinen Finger. Die gesetzlich festgeschriebene Mitverantwortung des Mannes für den Haushalt und die Kinderversorgung betrachten die Frauen als große Errungenschaft.

Diese Problematik setzt sich fort bei der Wohnung: Wohnung und Haus gehörten in der Ehe dem Mann allein. Es kam häufig vor, daß er Frau und Kinder vor die Tür setzte oder die Frau aussperrte, wenn sie von einer Versammlung nach Hause kam. Entsprechend diesem machistischen Selbstverständnis der Männer gilt es als männlich, viele Kinder zu zeugen. Die Versorgung und Unterhaltszahlung gehört jedoch nicht dazu.

Nach den Zielen von AMNLAE, die sich immer wieder von der europäischen feministischen Bewegung abgrenzt und betont, sie sei nicht "gegen die Männer", soll die Verantwortlichkeit der Männer für die Kinder dahingehend geschaffen und gestärkt werden, daß diese sich an der Versorgung und Erziehung (und damit auch an der Hausarbeit) beteiligen. Daneben sollen sie auch den Unterhalt für die Kinder zahlen. Dies ist besonders in den - häufig vorkommenden - Fällen ein Problem, in denen Männer neben den ehelichen Kindern uneheliche Kinder, nicht selten mit verschiedenen Frauen haben. Wunschbild von AMNLAE ist dabei eine Zweierbeziehung mit wenigen Kindern, bei denen beide Ehepartner Lohnarbeit verrichten und sich politisch betätigen. Für die Unterdrückung der Frau in diesem Modell besteht kein Problembewußtsein. AMNLAE erhofft sich davon eine Stabilisierung der Zweierbeziehung und Abnahme der Kinderzahl.

Nach ihrer Einschätzung stellt die Nichtanerkennung der Vaterschaft kein Problem dar, denn nur mit einer Anerkennung läßt sich die Zeugungsfähigkeit und damit die Männlichkeit beweisen. Die Väter werden erst dann selbst darauf achten, nicht viele Kinder in die Welt zu setzen, wenn sie sich auch darum kümmern müssen. Dies entspricht auch dem Bild des "neuen Mannes", das AMNLAE Wirklichkeit werden lassen will, wobei sie ihre Hauptaufgabe in der Bewußtseinsbildung durch Kampagnen, Diskussionen und Aufklärung sieht.

Ein weiteres großes Problem ist das der nichtehelichen Kinder. Erkennt der Vater die Kinder nicht freiwillig an, so muß die Mutter die Vaterschaft nachweisen. Dabei spielen in der Praxis Indizien eine wichtige Rolle wie das Zusammenleben der Eltern, die Bezahlung der Krankenhauskosten durch den Vater, die Namensgebung etc. Erbbiologische Gutachten sind insbesondere auf dem Lande nicht möglich und werden auch in der Rechtssprechung als einziger Nachweis nicht anerkannt.

Das alleinige Sorgerecht des Vaters, der das Kind anerkannt hat, wurde abgeschafft. Auch das Aufenthaltsbestimmungsrecht, nach dem die nichteheliche Mutter bei jeder Reise, Einschulung usw. die Zustimmung des Vaters brauchte, ist abgeschafft. Das Sorgerecht erhält das Elternteil, bei dem das Kind lebt.

Bei der Regelung des Kindesunterhaltes gewinnt die staatliche Verwaltung eine immer größere Bedeutung. Mußten früher bei der Weigerung des Mannes, Kindesunterhalt zu zahlen, die Frauen allein für das Kind aufkommen, so hat heute das bei dem Institut für soziale Sicherheit und Wohlfahrt - INSSBI (Instituto de Seguridad Social y Bienestar) - eingerichtete Büro zur Familienorientierung und zum Familienschutz die Unterhaltsdurchsetzung übernommen (Oficina de la Orientación y Protección de la Familia. Diese geht zurück auf eine frühere Einrichtung der Arbeitgeber, bei dem der Kindesunterhalt für die Frauen von dem Lohn des Mannes direkt abgehalten wurde und die Regelung des Kindesunterhaltes für Arbeiterfrauen mit dem Druck des Arbeitgebers erfolgte). Dies Büro kann den Vater einladen, um ihn zum Vaterschaftsanerkenntnis zu veranlassen. Entsprechend seinem Lohn kann das Büro einen festgelgten Satz zum Unterhaltsanerkenntnis festsetzen. Druckmittel ist dabei auch die Verbindung von Unterhaltsverpflichtung und Besuchsrecht. Ohne Zahlung kein Besuch des Kindes.

Da Ehegattenunterhalt selten verlangt wird, ist bei Trennung oder nichtehelichen Kindern nur der Kindesunterhalt zu regeln. Eine Festsetzung des Unterhaltes nach Tabelle gibt es nicht. In der Regel werden 50% des Einkommens des Mannes auf den Unterhalt der Kinder verwandt. Verdient z.B. ein Arbeiter 3 000,- Cord. im Monat, so zahlt er 1 500,- Cord., für seine insgesamt fünf Kinder, d.h. für jedes 300,- Cord. Eheliche und nichteheliche Kinder werden bei der Berechnung des Unterhaltes gleichbehandelt. Bei hohen Kinderzahlen kann der Prozentsatz auf 60 % erhöht, bei niedrigen bis auf 30 % verringert werden.

Die diskriminierende Rechtsprechung, wonach sich der Unterhalt von nichtehelichen Kindern nach dem sozialen Stand der Mutter richtet (lebt sie z.B. im Elendsviertel so gibt es weniger), ist abgeschafft. Ebenso müssen sich die Kinder den Unterhalt nicht mehr "in Natur" durch Mahlzeiten im Haushalt des Vaters abholen, wo sie häufig Schlägen und Beschimpfungen ausgesetzt waren.

Folgt der Vater der Einladung des INSSBI nicht, so hat dieses keine Möglichkeit, ihn vorzuladen. Es kann jedoch die strafrechtliche Verfolgung wegen Unterhaltsverletzung einleiten (Strafrahmen 1 Monat bis 2 Jahre). Nach der Erfahrung der letzten Jahre folgen jedoch die meisten Männer der Vorladung, sowohl wegen des sozialen Drucks als auch aufgrund der Strafandrohung. Somit hat sich dieses Verfahren als schnell, effektiv und kostenlos für die Frauen bewährt.

Die strafrechtlich verfolgbare Verletzung der Unterhaltspflicht ist auch in den Fällen möglich, in denen der Vater das Anerkenntnis oder den notariellen Vergleich (oder das Urteil) nicht beachtet, also nicht zahlt. Ein Gerichtsvollzieherwesen funktioniert in der Unterhaltspraxis nicht. Die Strafandrohung und Vorladung durch das INSSBI hat sich aber auch hier bewährt.

Ähnliches gilt für die Frage der Wohnungszuweisung bei Trennung. In Managua verwaltet das Wohnungsministerium die Wohnungszuweisung. Mit deren Hilfe können die Frauen die Wohnung behalten oder eine andere Wohnung finden. Ausserhalb von Managua stellt sich das Problem anders: In anderen Städten und auf dem Lande gibt es kaum Mietwohnungen. Dort sind die Häuser und Hütten zumeist Eigentum der Männer, die Frauen müssen zu ihrer eigenen Familie zurückkehren.

## DAS ALTE SCHEIDUNGSRECHT BLEIBT

Keine Gesetzesänderungen wurden im Scheidungsrecht vorgenommen. Zwar wird auch hier in der AMNLAE eine Veränderung diskutiert, ein konkreter Gesetzesentwurf ist jedoch noch nicht absehbar. Angesichts der Kosten und des bürokratischen Aufwandes für eine Scheidung ist dieses Problem in der Praxis wohl auch nicht vordringlich; nach meinem Eindruck wird die Diskussion mit Rücksicht auf die Männer und die katholische Kirche nicht vorangetrieben. (In der Frage der Vereinbarkeit von Staats- und Priesteramt scheuen die Sandinisten die Konfrontation mit der katholischen Kirche hingegen nicht).

Nach dem bestehenden Recht gibt es die einverständliche Scheidung, die vor allem in Fällen des langjährigen Getrenntlebens und beiderseitigen neuen Partnern angewandt wird. Die Scheidung setzt einen von sechs für die Frau diskriminierenden Schuldgründen voraus. So z.B. das böswillige Verlassen des Hauses durch die Frau: Beispielsweise die Frau kommt spät nach Hause, der Mann sperrt sie aus, die Frau übernachtet bei Freunden. In derselben Nacht zeigt der Mann die Frau an, sie habe ihn verlassen und sei nicht nach Hause gekommen. Er wisse nicht, wo sie ist. Oder die unterschiedliche Behandlung des Ehebruchs. Bei der Frau reicht die einmalige Untreue (z.B. wird sie zweimal zusammen mit einem andern Mann im Restaurant gesehen), beim Mann hingegen muß es schon das Konkubinatssein, d.h. das öffentliche andauernde Zusammenleben mit einer anderen Frau.

Neben der Diskriminierung ist die Auswirkung auf das Sorgerecht fatal: Eine schuldig geschiedene Frau erhält das Sorgerecht nicht. Zu diesem Problem hat AMNLAE einen Gesetzesvorschlag eingebracht, nach dem der gemeinsame Sorgerechtsvorschlag der Eltern respektiert werden soll. Bei Streit um das Sorgerecht soll die Mutter die Kinder bekommen, sind die Kinder älter, so soll ihr Vorschlag berücksichtigt werden. AMNLAE hat damit mit Absicht keine Altersgrenze genannt; diese sollte in Zusammenarbeit mit Psychologen und Sozialarbeitern erforscht und von Fall zu Fall entschieden werden.

In der Diskussion im Staatsrat wurde eine Altersgrenze von 7 Jahren genannt, die den Sinn und Zweck ins Gegenteil verkehrt: Gerade in einem Alter, in dem die Kinder etwas selbständiger sind, anfangen, auf kleinere aufzupassen oder sogar durch Arbeit zum Familieneinkommen beizutragen und nicht der ständigen Aufsicht bedürfen, aber auch empfänglich sind für Beeinflussung durch Geschenke und Versprechungen, würden die Männer allein davon profitieren. Die Frauen sind angebunden durch die kleinen Kinder, die Mithilfe der größeren Kinder kommt dem Mann zugute. Die AMNLAE konnte sich mit diesen Einwänden jedoch nicht durchsetzen.

## GESETZESINITIATIVE ZUR GEWALT IN DER EHE

Eine wichtige Gesetzesinitiative der AMNLAE, an der auch Maria Lourdes Bolanos aus dem Frauenrechtshilfebüro in Managua mitarbeitet, betrifft die Strafbarkeit von körperlichen oder seelischen Mißhandlungen der Ehefrau oder Freundin.

Nach der bisherigen Rechtslage ist zwar die Körperverletzung strafbar, einen speziellen Straftatbestand zum Schutze der Frauen vor Mißhandlungen durch die (Ehe-) Partner gibt es jedoch nicht. Vor Gericht werden Verfahren mit Körperverletzungen, die nach 8 Tagen nicht mehr zu sehen sind und keine bleibenden Körperschäden hinterlassen, zumeist niedergeschlagen oder kommen erst gar nicht zur Verhandlung. Die sandinistische Polizei redet gewalttätigen Männern gut zu, sperrt sie allenfalls eine Nacht ein mit der Folge, daß die Männer hinterher die Frauen umso brutaler prügeln. Brutalitäten durch die Männer sind eine der häufigsten Scheidungsgründe. Insbesondere in Verbindung mit Alkohol - am Lohntag, am Wochenende und bei Festen - werden Frauen und Freundinnen häufig von ihren Männern verletzt.

Die AMNLAE erhofft sich dadurch, daß psychische und physische Mißhandlungen an den Frauen durch die Partner unter Strafe gestellt werden, ein breiteres Bewußtsein und allgemeine Ächtung von prügeln Männern, womit der Zweck des Gesetzes schon fast erreicht wäre. Nach der Einschätzung von Maria Lourdes Bolanos werden die neuen, durch breite Kampagnen und Diskussionen in den Massenorganisationen bekannte Gesetze allgemein beachtet.

## DIE ARBEIT DES RECHTSHILFEBÜROS

Das Rechtshilfebüro für Frauen geht auf eine Initiative der AMNLAE zurück und besteht seit März 1983. Es ist zur Zeit in vier gemieteten Räumen im Erdgeschoß eines Hauses recht zentral in Managua untergebracht. Momentan arbeiten dort zwei Rechtsanwältinnen, von denen eine als Direktorin die Verwaltungsaufgaben mit erledigt, eine Assistentin, zwei Sekretärinnen und zwei Jura-Studentinnen. Es finanziert sich durch Spenden der ratsuchenden Frauen (die Beratung ist kostenlos), internationale Hilfe und hauptsächlich durch Unterstützung der AMNLAE. Im ersten halben Jahr haben 2 223 Menschen die Hilfe des Büros in Anspruch genommen. Von Januar bis Mai diesen Jahres waren es 400; zur Zeit sind ca. 50 Sachen bei Gericht anhängig. Die Arbeit des Büros besteht aus der Beratung in Familiensachen und auch der Vertretung vor Gericht. Dies bildet aber nicht den Schwerpunkt.

In der ersten Zeit wurden hauptsächlich Beratungen erteilt und Unterhaltsansprüche durchgesetzt, vornehmlich Kindesunterhaltsansprüche. Dabei werden die Männer zu einer Besprechung eingeladen. Die meisten kommen auch, vor allem im Hinblick auf eine mögliche strafrechtliche Verfolgung wegen Unterhaltspflichtverletzung, aber auch in Anerkennung der Autorität des Büros. Der Unterhalt wurde zumeist

als Vergleich geregelt. Maria Lourdes Bolanos ist auch Notarin und kann diesen Vergleich in notariellen Urkunden festhalten. Die Nichteinhaltung des Vertrages ist ebenfalls mit Strafe bedroht. Deshalb, aber auch aufgrund der Bedeutung des Büros, kommen Vollstreckungsprobleme so gut wie nicht vor.

Heute hat sich die Regelung des Kindesunterhaltes durch das INSSBI in der Praxis bewährt, so daß die Frauen über diese Möglichkeit beraten werden und die Unterhaltsfrage nicht mehr vom Büro geregelt und behandelt werden muß.

Frauen mit Wohnungsproblemen bei der Trennung bekommen den Rat, sich an das Wohnungsministerium zu wenden. Schwerpunkt des Büros heute sind Scheidungs- und Sorgerechtsprobleme, dabei auch Strafanzeigen und Unterstützung der Frauen gegen brutale Partner.

Es werden jedoch nicht nur Frauen beraten und vertreten, sondern auch Männer. Zwar ist der überwiegende Teil der Ratsuchenden Frauen, insbesondere junge Frauen wollen die Scheidung. Jedoch wenden sich auch Männer, vorwiegend ältere mit dem Problem an das Büro, daß die Frau die Scheidung will und er nicht (wer versorgt ihn dann?).

Das Büro lehnt die Vertretung von Männern nicht grundsätzlich ab. Denn das Selbstverständnis des Büros geht dahin, nicht "gegen" die Männer zu sein, bei den Männern auch Bewußtsein herzustellen, "neue Männer" und "neue Frauen" zu schaffen (die gleichberechtigt Hand in Hand den US-Imperialismus bekämpfen), auch die Familie und die Kinder zu schützen.

### Zwei Beispiele:

Ein Mann wollte sich nach zehnjähriger Trennung scheiden lassen, die Frau hatte einen neuen Partner, der Mann auch, das Kind aus der Ehe lebte bei ihm. Die Frau wollte sich nur scheiden lassen, wenn er 20 000,- Cord. zahlte. In diesem Fall vertrat das Büro den Mann.

Ein Mann wollte sich nicht scheiden lassen, die Frau wollte aber. Das Büro lud die Frau zum Gespräch ein, bemerkte, daß sie nervös und zittrig war, sie erzählte, daß er sie geschlagen und aus dem Haus geworfen habe. Das Büro lehnte die Vertretung des Mannes ab und setzte die Scheidung der Frau durch.

Nach Ansicht des Büros haben die Frauen durchaus Vertrauen, auch wenn Männer vertreten werden, da sie wissen, daß das Büro ihre Interessen vertritt.

In einigen Fällen hat das Büro aber auch eher eine Eheberatungs- oder Vermittlerfunktion. Bei Ehen, bei denen die Partner schon lange getrennt leben und neue Partner haben, ergeben sich bei einer Scheidung keine Probleme. Für schwierige Fälle steht alle 14 Tage eine Psychologin zur Verfügung, die so etwas wie Eheberatung macht. Diese



wird auch dann eingeschaltet, wenn die älteren Kinder nicht wissen, ob sie zur Mutter oder zum Vater wollen. Nach dem Ergebnis der Beratung mit der Psychologin wird den Frauen von einer Scheidung ab- oder zugeraten.

Ein besonderes Problem besteht mit dem Sorgerecht, wenn die Frauen arbeiten und die Männer versuchen, den Frauen die Kinder wegzunehmen, indem sie darauf hinweisen, die Frau habe ja gar keine Zeit. In diesen Fällen vertritt das Büro die Frauen und setzt sich dafür ein, daß auch berufstätige Frauen die Sorge für die Kinder bekommen.

Nach der Einschätzung von Maria haben die Frauen des Büros ihre Anlaufschwierigkeiten mit der Art der Arbeit und der Zusammenarbeit im Kollektiv, mit der sie alle keine Erfahrungen hatten, überwunden und sich zusammengeäuert.

Sie würden das Büro gern erweitern und planen, ein eigenes Haus mit mehreren Beratungsräumen zu bauen, in dem auch eine Zusammenarbeit mit zwei Psychologinnen und zwei Sozialarbeiterinnen stattfinden soll, um nicht nur juristischen Rat geben zu können. Benötigt wird auch eine motorisierte Botin, da die Post langsam und unzuverlässig ist, die Stadt selbst sehr weitläufig und die Busse ständig überfüllt sind. Auch zum schnellen Besuch eines Arztes für geschlagene Frauen oder bei Begleitung zur Polizei wäre eine Chauffeuse von Nöten. Die Frauen haben außerdem die Idee, in einem der Räume Rechtsberaterinnen auszubilden deren Aufgabe die Aufklärung über die Rechte der Frau und die Beratung in anderen Städten und auf dem Lande ist, da außerhalb von Managua eine ähnliche Einrichtung nicht besteht. Dies alles kann allein durch die Spenden der Betroffenen und die Unterstützung durch AMNLAE nicht finanziert werden.

Spenden können überwiesen werden auf das Konto:  
 Marion Müller  
 Städtische Sparkasse Göttingen  
 Konto-Nr. 11 811 4263  
 BLZ 260 500 01  
 Stichwort: Rechtshilfebüro

Auszug aus: "Streit", Feministische Rechtszeitschrift, Heft 4/84, Herausgeber "Frauen streiten für ihr Recht" e.V., Frankfurt.

## EL SALVADOR

### El Salvador – neues Vietnam?

Auf Druck der USA hin greift Duarte zu einer im Vietnamkrieg erprobten Taktik. Ein kurzfristiger Erfolg dieser Taktik könnte die USA in ein politisch-militärisches Dilemma stürzen und zu einer Ausweitung der militärischen Präsenz der USA in Mittelamerika führen.

In der salvadorianischen Armee hat man sich eine neue Taktik zu eigen gemacht, die den Schluß zuläßt, daß Duarte und seine US-Militärberater dazu bereit sind, ein Risiko einzugehen. Es waren noch nicht drei Tage vergangen, nachdem sich Repräsentanten der salvadorianischen Guerilla mit Regierungsvertretern zur ersten Runde von Friedensverhandlungen getroffen hatten, da eröffneten Regierungstruppen eine neue Großoffensive gegen die Stellungen der Guerilla in den drei östlichen Provinzen. Diese Offensive wird von ca. 6 000 - 7 000 Soldaten getragen, d.h. einem Fünftel des salvadorianischen Heeres und soll bis in das Jahr 1985 hinein fortgesetzt werden. Ihr kommt aus zwei Gründen ganz besondere Bedeutung zu:

Erstens legt sie offen, daß die Regierung auch in Zukunft die Lösung des Konfliktes militärisch zu betreiben gedenkt. Der zweite Grund für die besondere Bedeutung dieser Regierungsoffensive ist die Tatsache, daß die salvadorianischen Streitkräfte erstmalig zu einer im Vietnamkrieg erprobten Taktik greifen, d.h. in breitem Rahmen werden bei den Angriffen Hubschrauber eingesetzt. Die Durchführung der genannten Taktik ist sehr schwierig. Sollte das salvadorianische Heer sie beherrschen, so hat es gute Aussichten, in den kommenden Monaten entscheidende Kämpfe für sich zu entscheiden.

### VERÄNDERTE TAKTIK IN DER GUERILLA

Aufgrund des neuen Vorgehens des salvadorianischen Heeres ist die Guerilla gezwungen, ihre Einheiten klein und mobil zu halten. Laut Fred C. Ikle, stellvertretender US-Außenminister, wird dies eine Truppenreduzierung in der salvadorianischen Armee ermöglichen.

Genausowenig wie zur Zeit des Vietnamkrieges wird jedoch

mit einer solchen Aussage berücksichtigt, daß sich die Guerilla auf die neuen Kampfbedingungen einstellen könnte. Die neue Taktik des Gegners zwingt sie zu Gegenmaßnahmen, d.h. der militärische Konflikt läuft Gefahr, auszuufern. Damit rückt auch die Gefahr der militärischen Intervention durch die USA näher.

Für Duarte könnte diese Entwicklung mit der Zeit politisch zum Rückschlag werden. Mit der Möglichkeit der Friedensverhandlungen geht auch sein politisches Ansehen zurück.

Von seiten der Experten auf militärischem Gebiet wurde bisher meist der Standpunkt vertreten, der Konflikt in El Salvador habe einen toten Punkt erreicht, d.h. keine der beiden Konfliktparteien sei in der Lage, die andere zu besiegen. Seitens der Reagan-Administration verlautete jedoch vor kurzem, die salvadorianische Armee - mit neuer US-Militärhilfe ausgestattet - zeige bemerkenswerte Erfolge im bewaffneten Kampf. Weiterhin heißt es, diese Erfolge seien zurückzuführen auf die neue aggressive Kampftechnik mit Hauptgewicht auf der Luftwaffe und die neuen Waffen und Hubschrauber aus den USA.

### ZUNEHMENDE ANGRIFFE

Zum ersten Mal erprobt wurde die neue Taktik im letzten Sommer, als die salvadorianischen Streitkräfte die tägliche Anzahl der Luftangriffe von zehn auf dreißig und mehr erhöhte. Diese Angriffe wurden mit amerikanischen



A 37B Flugzeugen durchgeführt und zwingen die Guerilla, sich in immer kleinere Gruppen zu organisieren.

Nach Angaben eines US-Wissenschaftlers verfolgen diese Angriffe den Zweck, der Guerilla, wie auch im vietnamesischen Pazifizierungsprogramm, die Unterstützung zu entziehen, indem die Zivilbevölkerung dazu gezwungen wird, von den befreiten Gebieten in Flüchtlingslager zu ziehen.

Von seiten des Militärattachés in El Salvador wurde dem Wissenschaftler die Richtigkeit seiner Annahme bestätigt. Die hohe Anzahl der Luftangriffe hat so auch seit dem Sommer viele, die die Guerilla unterstützen, gezwungen, in unter Regierungskontrolle stehende Flüchtlingslager zu fliehen.

Der US-Plan sieht als nächsten Schritt die Schulung der salvadorianischen Streitkräfte im Gebrauch von Hubschraubern zu Angriffen vor. Diese Strategie - von amerikanischen Streitkräften während des Vietnamkrieges entwickelt - besteht darin, gleichzeitig mit Hubschraubern das Hinterland des Feindes und mit Truppen zu Lande von vorne anzugreifen.

Zu diesem Zwecke haben die USA neue Flugzeuge geliefert und somit die Anzahl der Hubschrauber in der salvadorianischen Armee von 24 auf 50 mindestens verdoppelt. Zehn trafen im September ein, zehn weitere folgen zum Jahreswechsel. Auf diese Weise sind die Streitkräfte in der Lage, 500 - 800 Soldaten gleichzeitig zu befördern. Im Vergleich: Die Sowjetunion hat Nicaragua 20 Hubschrauber geliefert.

Fachkundig eingesetzt können die neuen Hubschrauber den Regierungstruppen bedeutende Vorteile verschaffen. Ein Schwachpunkt dieser Hubschrauber ist ihre Angreifbarkeit durch Gewehrfeuer. Auf diese Weise haben die USA in Vietnam 4 643 Hubschrauber verloren. Der Guerilla ist es auch bereits gelungen, der Hubschrauberflotte Schaden zuzufügen. So hat sie die Verantwortung für den Abschluß eines Hubschraubers Ende Oktober übernommen bei dem 14 Personen, darunter hohe salvadorianische Militärs, ums Leben kamen.

### DILEMMA DER USA

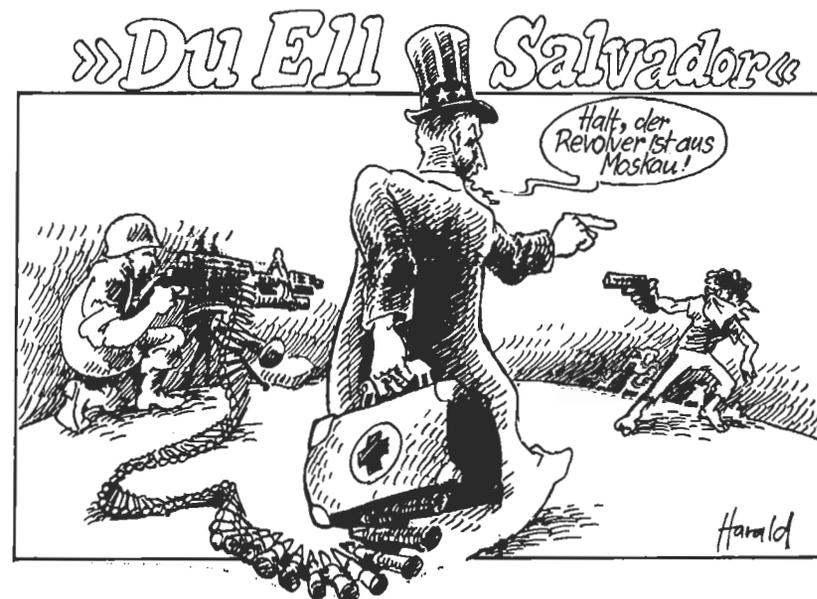
Ein zweiter Schwachpunkt dieser Hubschrauber sind schultergetragene wärmesuchende Ferngeschosse. Diese Waffen sind sowohl im Ostblock als auch auf dem internationalen Waffenschwarzmarkt erhältlich. Ein Erfolg der Guerilla bei der Zerstörung möglichst vieler US-Hubschrauber unter

Einsatz der genannten Waffen würde für die Regierungstruppen einen ernsten Rückschlag bedeuten und die USA vor ein immenses Problem stellen. Die US-Regierung wird sich dann entscheiden müssen, entweder Duarte neue Hubschrauber zu liefern - und die entsprechenden Konflikte im Kongreß durchzufechten - oder direkt in El Salvador einzugreifen. Das könnte heißen, daß salvadorianische Flugzeuge von US-Flugzeugen in der Luft gedeckt werden oder daß amerikanische Piloten die bereits gelieferten Flugzeuge steuern. In dem Falle, daß sich die Guerilla wärmesuchende Ferngeschosse (Missiles) beschafft, ist mit einem Direktangriff der USA auf Nicaragua oder einer Art von Seeblockade zu rechnen.

Jeder dieser Schritte würde eine Eskalation der militärischen Rolle der USA bedeuten. Die neue militärische Taktik der USA und deren Umsetzung durch die salvadorianische Armee haben zu einer enormen, jedoch kaum beachtet Eskalation des Konfliktes im Lande geführt.

Im Vietnamkrieg gelang es der Guerilla zu einem späteren Zeitpunkt effektive Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß die kampferprobte Guerilla in El Salvador dazu ebenfalls in der Lage sein wird.

Die USA wird immer tiefer in den militärischen Konflikt hineinverwickelt und eine friedliche Lösung wird damit in immer weitere Ferne rücken.



# HONDURAS

## "Die Intervention hat schon stattgefunden..."

### INTERVIEW MIT ENAIDA VAZQUEZ

Auf Einladung französischer Menschenrechtsorganisationen befand sich Enaida Vazquez, Vorsitzende des Komitees von Angehörigen verschwundener Häftlinge in Honduras (COFADEH) u.a. auch einige Tage in Berlin. Dabei konnte ein Redaktionsmitglied der LN das folgende Interview mit ihr führen.

LN: Seit wann gibt es Euer Komitee in Honduras?

E.V.: Das Komitee wurde am 30. November 1982 gegründet, d.h. wir arbeiten seit etwas mehr als 2 Jahren. Aber im Grunde ist das Komitee mit über zweijähriger Verspätung gegründet worden, weil nämlich die Repression in Honduras bereits 1980 deutlich verschärft worden ist und sich seither auch Entführungen und Verschleppungen häuften.

LN: Für welchen Personenkreis fühlt sich Euer Komitee zuständig? Geht es bei Eurer Arbeit nur um verschwundene Honduraner oder auch um andere Nationalitäten?

E.V.: Wir kümmern uns um **a l l e** Verschwundenen in Honduras. Die Nationalität interessiert uns dabei nicht. Wir haben es in Honduras mit verschwundenen Salvadorianern, Guatemalteken, Nicaraguanern, Costaricanern, Südamerikanern - darunter Ecuadorianer, Venezolaner und sogar ein Argentinier - ebenso zu tun wie mit unseren eigenen Landsleuten.

LN: Wieviele verschwundene Personen gibt es gegenwärtig in Honduras?

E.V.: Wir haben 128 Fälle registriert, d.h. Fälle, in denen wir beweisen können, daß die betreffenden Personen spurlos verschwunden sind. Aber darüberhinaus gibt es sehr viel mehr Verschwundene. Nur haben viele Familien Angst vor dem staatlichen Terror gehabt und deshalb das Verschwinden ihrer Angehörigen gar nicht gemeldet. Außerdem gibt es zahlreiche Fälle von Ausländern, vor allem Salvadorianer, die niemanden hatten, der ihr Verschwinden hätte anzeigen können!

LN: Du hast als Beginn einer verschärften Repression in Honduras das Jahr 1980 erwähnt. Worauf ist dieser Zeitpunkt zurückzuführen?

E.V.: Dazu muß man vor allem die geopolitische Lage von Honduras betrachten: Honduras grenzt an El Salvador, an Nicaragua und an Guatemala! Und Du weißt, daß mit dem Sieg der Revolution in Nicaragua im Juli 1979, mit der bewaffneten Aktion in El Salvador und schon sehr viel früher mit der Guerrillatätigkeit in Guatemala unser Land einer besonderen "Ansteckungsgefahr" ausgesetzt gewesen ist.

Weil aber keinerlei interner Grund für die Repression in Honduras bestand - denn es gab und gibt keine nennenswerte bewaffnete Gruppe bei uns, die gegen die Regierung kämpft -, hat man insbesondere seit dem Sieg der Sandinisten versucht, die eigene Bevölkerung einzuschüchtern, damit sie keinerlei Sympathien für die Brudervölker empfinden bzw. entfalten sollte.

Das ist wohl der Hauptgrund für den Beginn einer verstärkten Repression im Jahre 1980.

Und der zweite Grund ist meiner Meinung nach der, daß die Regierung der USA natürlich auch diese Möglichkeit bemerkt hat und deshalb bestrebt ist, die Doktrin der "Nationalen Sicherheit" schon von vorn herein in Honduras anzuwenden.

LN: Kann Euer Komitee überhaupt ungestört arbeiten unter diesen Voraussetzungen oder unterliegt es gewissen Pressionen von Seiten der Regierung oder von wem auch immer?

E.V.: Es gibt viele kleine und große Hindernisse für uns. Das fängt schon damit an, daß wir, wenn wir das Verschwinden einer Person öffentlich bekanntmachen wollen, wir es nur über bezahlte Anzeigen in den Zeitungen und Zeitschriften tun können - und nicht einmal dann wird es immer veröffentlicht! Zum Rundfunk z.B. haben wir aber überhaupt keinen Zugang.

Aber es gibt auch andere Probleme: wir werden bedroht, unsere Telefone werden abgehört, wir haben Schwierigkeiten an unseren Arbeitsplätzen. Ich z.B. bin im öffentlichen Dienst gewesen und aufgrund meiner Tätigkeit für das Komitee entlassen worden. Das hat immerhin den Vorteil, daß ich mich jetzt völlig um die Arbeit im Komitee kümmern kann.



Wir haben also eine Reihe von Schwierigkeiten, aber wir müssen trotzdem weiterarbeiten und auf die Zustände aufmerksam machen.

LN: Die gegenwärtige Regierung von Honduras ist eine "demokratisch" gewählte Regierung. Wie groß ist aber der tatsächliche Einfluß der Militärs?

E.V.: Wir haben uns angewöhnt, von einer "zivilen Militär-Regierung" zu sprechen. Rein formal gesehen, haben wir natürlich eine gewählte Regierung - übrigens seit 18 Jahren zum ersten Mal. Das ist in gewisser Weise auch unser schweres Problem: Denn mit der Mehrheit der Stimmen für die liberale Partei, die noch die "demokratischste" Tradition in Honduras aufzuweisen hat, glaubten wir, einen wirklichen demokratischen Durchbruch erzielt zu haben. In dieser Hoffnung sind wir jedoch schwer enttäuscht worden!

Wir haben jetzt also eine gewählte Regierung, aber jeder weiß, daß nach wie vor die Militärs regieren - wie in den 18 Jahren Militärdiktatur davor. Und darüber hinaus wird die politische Generallinie von der nordamerikanischen Regierung diktiert.



*US-Militärberater bilden 13-16jährige Jugendliche aus*

LN: Was versprichst Du Dir von Deinem Besuch in Europa?

E.V.: In erster Linie möchte ich Aufmerksamkeit und Solidarität bei den Menschen hier für unsere Probleme wecken. Denn fast immer wird von Zentralamerika gesprochen und dabei gegen eine Invasion von Nicaragua oder El Salvador protestiert. Aber dieser Protest kommt in unserem Fall schon zu spät. Denn bei uns hat die Intervention praktisch schon stattgefunden. Honduras ist bereits besetzt. Und wir müssen darauf hinweisen, daß wir das Land sind, von dem aus erhebliche Aggressionen gegen Brudervölker ihren Ausgang nehmen. Das ist keineswegs der Wunsch des honduranischen Volkes. Auch gegen diese Invasion von Honduras ist ein solidarischer Protest nötig.

Wir als Komitee der Angehörigen von verschwundenen Häftlingen haben zudem noch ein besonderes Problem. Kürzlich ist offiziell von der Regierung bekanntgegeben worden, daß man den Aufenthaltsort der in Honduras verschwundenen Personen nicht kenne. Und mit dieser Mitteilung will man das Kapitel der Verschwundenen endgültig schließen. Deshalb kämpfen wir darum - und bitten auch in diesem speziellen Sinn um Eure Unterstützung -, daß eine gesetzlich abgesicherte Untersuchungskommission in Honduras gebildet wird, die die Fälle der Verschwundenen untersucht.

Diese Kommission sollte eine möglichst breite soziale Repräsentanz haben, in der auch Platz ist für uns als betroffene Personen. Nur eine solche breite Kommission, in der z.B. auch Vertreter der Streitkräfte selbst sitzen sollten, könnte sowohl für Honduras als auch für die internationale Öffentlichkeit die nötige Glaubwürdigkeit haben.

LN: Arbeitet Ihr mit anderen, ähnlichen Komitees in Lateinamerika zusammen?

E.V.: Es gibt inzwischen einen lateinamerikanischen Zusammenschluß der Komitees von Angehörigen verschwundener Häftlinge - FEDERACION DE FAMILIARES DESAPARECIDOS EN LATINOAMERICA (FEDEFAM) -, zu deren Vorstand ich gehöre. Im November 1983 sind wir als honduranisches Komitee FEDEFAM beigetreten; das war beim 4. Kongreß von FEDEFAM in Mexico. Wir tauschen uns untereinander aus und versuchen, von den Erfahrungen der anderen, z.B. von den Müttern der Plaza de Mayo in Argentinien, zu lernen. In Lateinamerika gibt es ja leider fast in allen Ländern Verschwundene.

## GUATEMALA

### "Entwicklungszonen" im Dienste der Counterinsurgency

Auch wenn seit 1978 die Generäle an der Spitze der Militärdiktatur Guatemalas mehrmals wechselten, so ist seither die Politik der Aufstands- bekämpfung unter allen drei Regierungschefs doch relativ geradlinig und mit großer Kontinuität fortgeführt und weiterentwickelt worden: Auf die gezielte Liquidierung der organisierten politischen Opposition, die anschließenden wahllosen Massaker an der Zivilbevölkerung, die ganze Landstriche verwüsteten und über 1 Mio. Menschen in die Flucht trieben, folgt nun ein 'Plan de Seguridad y Desarrollo' (Programm für Sicherheit und Entwicklung), zunächst beschränkt auf die Provinzen Quiché, Huehuetenango und Alta Verapaz, dem zufolge die vertriebene Bevölkerung in strategischen Dörfern wiederangesiedelt wird.

Hinter dieser Maßnahme steht als Ziel die Erlangung einer umfassenden Kontrolle über die betroffenen Gebiete. Wesentlicher Bestandteil dieses Planes ist die Errichtung von sog. 'Entwicklungszonen' ('Polos de Desarrollo'). Es handelt sich hierbei um Gebiete, die aufgrund einer nach strategischen Gesichtspunkten geschaffenen Struktur einen hohen Grad an ökonomischer, militärischer, politischer und ideologischer Kontrolle über die Bevölkerung ermöglichen sollen.

In diesen Entwicklungszonen findet man sämtliche Elemente der Counterinsurgency-Techniken vereint: Umerziehungslager, strategische Dörfer, ein dichtes Netz von Zivilpatrouillen, Militärstützpunkte, Landepisten für Flugzeuge und Hubschrauber.

Vorrangig geht es um den Aufbau befestigter Bastionen innerhalb der Hauptoperationsgebiete der Guerilla (des EGP im Nordwesten, der FAR im nördlichen Urwaldtiefland des Petén) sowie um die Schaffung von Aufnahmelagern für die sog. 'internen' Flüchtlinge bzw. solche auf ausländischem Territorium.

Die vier bisher bekannten 'Polos de Desarrollo' befinden sich sämtlich in jenen Gebieten, in denen die Bevölkerung auf den Terror des Regimes seit jeher mit entschlossenem Widerstand reagierte.

Die flächenmäßig größte Entwicklungszone liegt im Ixil-Dreieck der Provinz Quiché und umfaßt die Verwaltungsbezirke Chajul, Nebaj und San Juan Cotz'ajal. Bis heute wurden in diesem Gebiet neun zuvor zerstörte Siedlungen als strategische Dörfer wieder aufgebaut. Es existieren Pläne für weitere 27 !

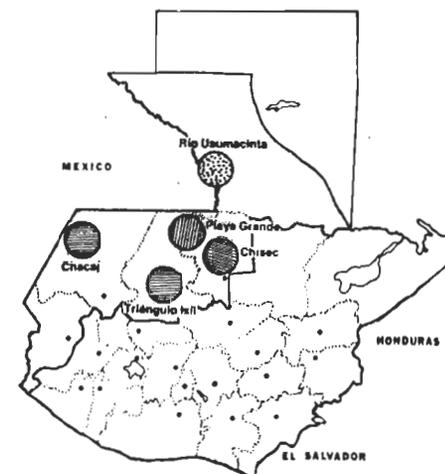
In jedem 'Modelldorf' befinden sich lokale Armeeposten, die für die Bewachung der Dorfzugänge zuständig sind und das gesamte Geschehen innerhalb der Siedlung kontrollieren.

Auf nächst höherer Ebene besteht in jedem Verwaltungsbezirk eine zentrale Militärbasis, deren Truppeneinheiten gezielt zur Bekämpfung der bewaffneten Widerstandsorganisationen eingesetzt werden. Die regulären

Truppen werden durch die Stationierung von 'Kaibiles' verstärkt, einer speziellen Elitetruppe zur Counterinsurgency.

In der Regel werden die Kasernen in einiger Entfernung von den bewohnten Gebieten auf einem Hügel erbaut, um die Beobachtung eines möglichst großen Territoriums zu gewährleisten. Die große Mehrheit der in den strategischen Dörfern stationierten Soldaten sind zwar Indígenas, jedoch anderer Volks- und Sprachzugehörigkeit als die Zivilbevölkerung. Diese Strategie zielt darauf ab, eine soziale Annäherung oder gar Kollaboration zwischen beiden vorsorglich zu unterbinden.

#### POLOS DE DESARROLLO



Transport und Wiederansiedlung der zuvor vertriebenen Bevölkerung verlaufen nahezu unbemerkt. Es sind kaum größere Militärbewegungen zu beobachten; die Flüchtlinge werden von zivil gekleideten Soldaten in Zivilfahrzeugen in ihre neuen Unterkünfte gebracht.

In den strategischen Dörfern, in denen häufig noch katastrophale Bedingungen herrschen (im Falle des 'Modelldorfs La Pista' z.B. existieren nur notdürftige Gemeinschaftsbehausungen; die Bewohner leiden sämtlich an den Folgen starker Unterernährung), verläuft der Alltag nach einem bis ins Kleinste durchorganisierten Schema: Als Gegenleistung für eine sehr knapp bemessene Versorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten arbeitet die männliche Bevölkerung in sog. 'Comités de Reconstrucción Nacional', d.h. in staatlichen Aufbauprogrammen, die zumeist einer Verbesserung der Infrastruktur für militärische Zwecke dienen (Bau von Straßen, Brücken und Landepisten), oder in ebenfalls staatlichen Landwirtschaftsprojekten. Letztere entsprechen jedoch in keiner Hinsicht den in der indianischen Kultur verankerten Anbau- und Kultivierungsformen traditioneller Nahrungsmittel, noch sind sie für die Deckung des Eigenbedarfs der Bevölkerung konzipiert. Die Produktion ist ausschließlich auf den Export ausgerichtet. Statt Mais und Bohnen werden Spargel, Himbeeren, Chinakohl usw. angebaut. Folglich bleiben die Dorfbewohner

auch langfristig abhängig von den Lebensmittelzuteilungen durch die Armee, die nach der Erkenntnis handelt, daß die Kontrolle über die Versorgung mit Nahrung ein wesentlicher Bestandteil der Counterinsurgency-Maßnahmen ist.

Weiterhin wird die gesamte männliche Bevölkerung im Alter zwischen 15-50 Jahren zu Diensten in **Zivilpatrouillen** \* gezwungen. Diese paramilitärischen Organisationen wurden 1981 unter Lucas Garcia gegründet, zum einen in dem Bestreben, nach außen hin die 'Einheit der Nation' im Kampf gegen die 'Subversion' zu demonstrieren, zum anderen aber, und das ist wohl der wesentliche Aspekt, um die Zivilbevölkerung, die sich zunehmend mit der Guerilla solidarisierte, unter militärischer Kontrolle zu halten.

Hatten die Zivilpatrouillen in der Vergangenheit lediglich Beobachtungs- und Bespitzelungsfunktionen zu erfüllen, so sind in der letzten Zeit Berichte bekannt geworden, denen zufolge die Armee im umkämpften Ixil-Dreieck Zivilpatrouillen gemeinsam mit den regulären Truppen sozusagen als Kanonenfutter in den Kampf schickt.

Wenn auch der militärisch-strategische Aspekt der Entwicklungszonen für die guatemalteckischen Militärs Priorität besitzt, ist ihnen dieses Programm darüberhinaus für weitere Ziele dienlich. Langfristig plant die Armee, die Polos de Desarrollo mit befestigten Unterkünften, Straßen, Trinkwasserversorgung, Elektrizität, Schulen und Gesundheitszentren auszurüsten. So sollen vorzeigbare 'Musterprojekte' entstehen, die Menschenrechtsdelegationen und Abordnungen internationaler humanitärer und kirchlicher Organisationen präsentiert werden können, um das stark geschädigte Ansehen der guatemalteckischen Militärdiktatur wieder aufzuwerten und Finanzhilfe und Entwicklungskredite zu mobilisieren.

Bisher ist es offensichtlich mit gutem Erfolg gelungen, diese militärischen Projekte als zivile Wiederaufbauprogramme mit sozialem Charakter zu verkaufen. Finanzielle Unterstützung fließt aus dem Ernährungsprogramm der Vereinten Nationen, aus Quellen wie den US-amerikanischen Entwicklungsorganisationen AID, CARE sowie von CARITAS, FAO und UNICEF. Auch der deutschen Bundesregierung erscheint das guatemalteckische 'Hilfsprogramm' förderungswürdig. Vorläufigen, offiziell noch nicht bestätigten Informationen zufolge hat das BMZ eine Entwicklungshilfe in Höhe von 8 Mio. DM zur 'landwirtschaftlichen Erschließung in Entwicklungsgebieten' zugesagt.

Es besteht jedoch kein Zweifel, daß mit den Geldern aller beteiligten Organisationen das forciert und unterstützt wird, was wissenschaftlich mit 'Ethnozid' bezeichnet wird: die systematische Zerstörung der ethnisch-kulturellen Identität der indianischen Bevölkerung.

\* Nach offiziellen Angaben sind inzwischen mindestens 850.000 Mann in Zivilpatrouillen organisiert. Der Dienst erfolgt turnusmäßig in 10-14 tägigen Abständen und dauert jeweils 24 Stunden. Bei Nicht-Ableisten

des Dienstes kommt es zur Verhaftung und zum Abtransport in die nächstgelegene Garnison, wo der Militärkommandant willkürlich das Strafmaß festsetzt. Nicht selten beläuft es sich auf drei bis sieben Tage Gefangenschaft ohne Nahrung und Wasser. Verspätetes Erscheinen kann ebenfalls schon Grund zur Festnahme sein.

**Quellen:** SIAG-Boletin, #27, 31.10.84  
 NOTICIAS DE GUATEMALA, #107, Aug. 84  
 INFORMADOR GUERILLERO, #34, 18.9.84  
 IGE: Guatemala, a New Way of Life - The Development Poles  
 Special Edition, Sept./Okt. 84

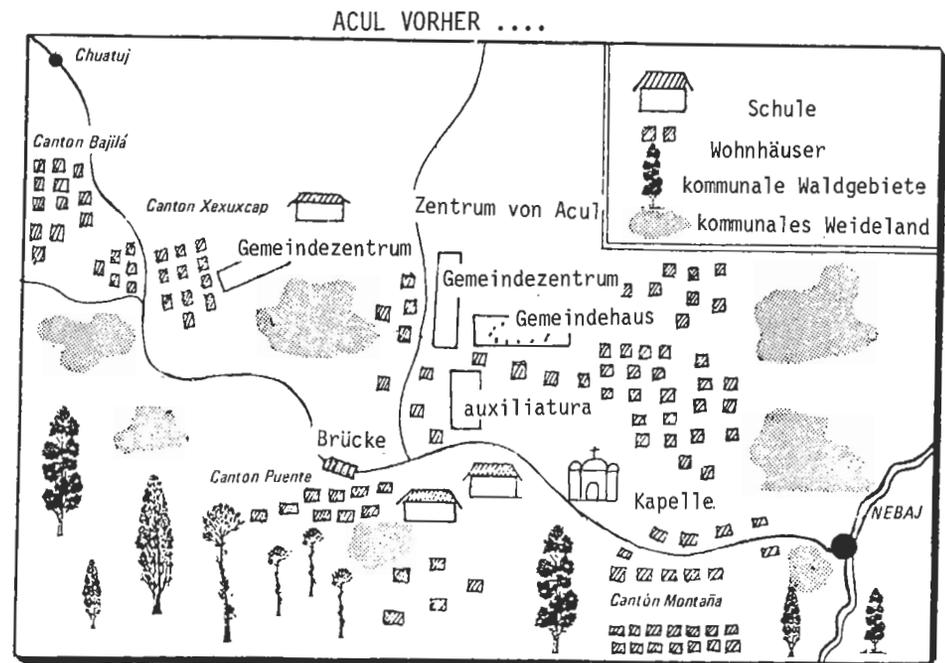
## Die "Entwicklung" von Acul

DATEN UND PLAN ZU ACUL VOR SEINER ZERSTÖRUNG DURCH DIE ARMEE 1983

BEVÖLKERUNG: ca. 4 000 einschließlich der umliegenden Gehöfte

PRODUKTION: Mais, Bohnen, Honig, Feuerholz, Wolle, Milch, Käse, Vieh, Schafe, Schweine, Milchkühe, Geflügel, Avocados, Tomaten, Chili, Ananas, Granatäpfel, Pfirsiche, Tuch, Kürbisse

GEMEINDEEINRICHTUNGEN: 2 Kapellen, Gemeindezentren, Brücken, 2 Schulen, ausgebaute Feldwege, Wasserleitungen, Lehmhäuser mit Ziegeldächern, indianische Gemeindeverwaltung (auxiliatura)



GRUPPEN IN DER GEMEINDE: cofradías (traditionelle indianische Gruppe zur gegenseitigen Hilfe), christliche Gemeinde, Entwicklungs-, Erziehungs-, Wohlfahrtskomitee, Gemeindepromotoren

GEMEINDEPROJEKTE: Schafzuchtprojekt, landwirtschaftliche Anbauflächen für die Familien, Imkerei, Mitglieder der Kredit- und Sparkooperative von Nebaj, Schulprojekt, Wasserleitungs- und Gesundheitszentrumsprojekte, Latrinenbau, Alfabetisierungsprojekt, Ernährungsprojekt

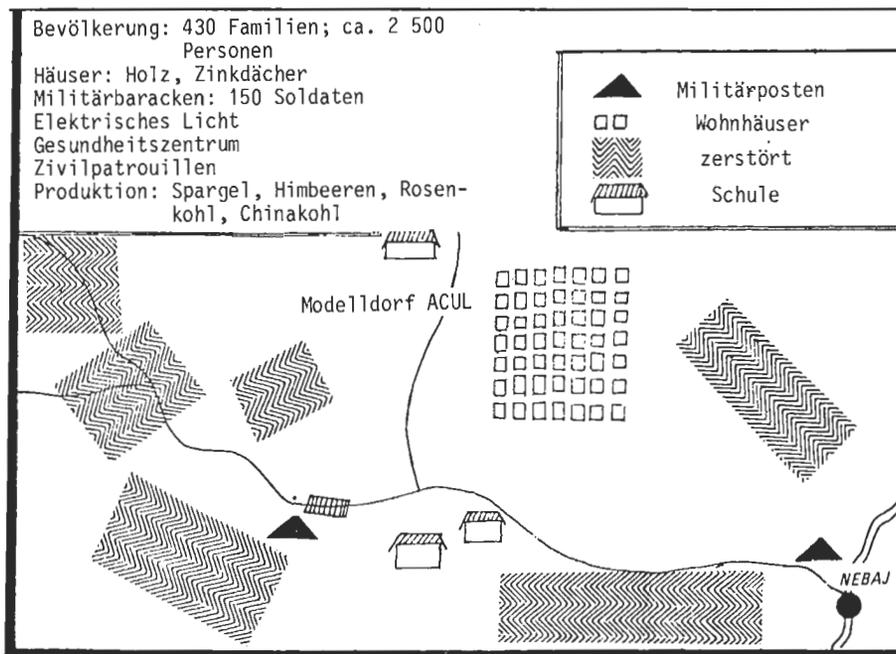
1976: gezielte Repression der Armee gegen führende Persönlichkeiten der Gemeinde Acul beginnt.

1980 - 1982: Massive Repression gegen Acul

1982 - 1983: Politik der verbrannten Erde seitens des Militärs

2.12.1983: Einweihung des Modelldorfes von Acul, das zusammen mit Überlebenden der Massaker gebaut wurde, die in den Bergen von der Armee gefangen genommen worden waren, nachdem die Dörfer Chatuj, Bajilá, Xexuxap und Acul bombardiert und niedergebrannt worden waren.

UND DANACH ....



## CHILE

### Die Stärke der Regierung kommt aus der Schwäche der Opposition

Aus Santiago de Chile hat uns ein Bericht über die politische Entwicklung im Jahre 1984 erreicht, in dem deutlich gemacht wird, daß die Krise der Regierung des Generals Pinochet bisher vor allem deshalb überwunden werden konnte, weil die Krise der Opposition noch stärker war. Im folgenden bieten wir eine - aus Platzgründen stark gekürzte - Fassung dieses Berichts:

#### I. DIE AKTUELLE SITUATION

Nach elf Jahren Diktatur bietet die politische Situation Chiles ein rückschrittliches Bild.

Das Jahr 1984 begann mit einem extrem verworrenen politischen Panorama. Die vom Innenminister Sergio Onofre Jarpa eingeleitete Pseudo-Öffnung hatte Mitte 1983 übertriebene Erwartungen hervorgerufen, die seit Ende 1983 allmählich schwanden, worauf 1984 ein allmählicher Rückzug erfolgte, gekennzeichnet durch eine Verhärtung der Repressionspolitik der Militärregierung, die dann in der Ausrufung des Belagerungszustandes im November gipfelte: Einschränkung des Versammlungsrechts, Verbot aller oppositionellen Publikationen mit Ausnahme der Zeitschrift HOY, die der Zensur unterworfen wurde, und Informationsbeschränkung für alle anderen Medien, die weder über politische Materien informieren dürfen, noch über "Tatsachen, die direkt oder indirekt öffentlichen Alarm in der Bevölkerung hervorrufen, die Bürgerruhe stören, die normale Entwicklung der nationalen Aktivitäten aufhalten oder über Aktionen handeln, die als terroristisch definiert sind".

Seit der Verkündung des Belagerungszustandes hat die Regierung eine Einschüchterungskampagne in den Elendsvierteln mit Massenrazzien, Verhaftungen von Wortführern usw. entfesselt. Gleichzeitig wurden politische Führer der Linken verhaftet und verbannt und Haftbefehle für die Führer der Demokratischen Volksbewegung (MDP) ausgestellt.

Die Zahl der Verbannten belief sich Mitte Dezember auf 650 im ganzen Land. Davon halten sich 421 in Pisagua auf und 229 an verschiedenen Orten des Landes. Ungefähr 50 Prozent der Verbannten sind politische oder soziale Sprecher der Basis in den Elendsvierteln, die übrigen sind Leute mit Vorstrafen ( angeblich gewöhnliche Delinquenten ).

Ein anderes hervorzuhebendes Faktum aus dem Jahr 1984 ist die Verschärfung des Konfliktes zwischen der Kirche und der Regierung. Er gipfelte darin, daß man Ignacio Gutiérrez, dem Leiter des Solidaritätsvikariats, die Einreise ins Land verbot, daß eine öffentliche Erklärung von Erzbischof Francisco Fresno der Zensur unterworfen wurde, daß der Intendent von Santiago durch eine Resolution verbot, daß die Kirche Soziale Wochen durchführte. Schließlich gab es Sprengstoff-Attentate gegen Gotteshäuser und Einrichtungen der Kirche, das wichtigste in Punta Arenas, wobei ein Offizier, wahrscheinlich der Urheber des Attentats, ums Leben kam, usw. usw.

Was die gesellschaftliche Entwicklung angeht, so waren am bedeutsamsten die Mobilisierungen der Bevölkerung anlässlich der Nationalen Protesttage, und vor allem der erste nationale Streik vom 30. Oktober, dessen Erfolg teilweise die Maßnahmen erklärt, die die Regierung danach ergriffen hat. Hier ist besonders die Mobilisierung der Leute aus den Elendsvierteln und die der Universitätsstudenten hervorzuheben. Diese Studenten gaben auch - über ihre kämpferischen Aktivitäten hinaus - das Beispiel einer bemerkenswerten Einheit, was es ihnen erlaubte, alle Universitätswahlen des Jahres 1984 zu gewinnen und die von Gremialisten und Regierungsanhängern besetzten Studentenausschüsse abzulösen.

Leider läßt sich auf dem Gebiet der Politik im engeren Sinne und besonders auf der Ebene der Parteien und Zusammenschlüsse nicht viel herausheben. Für 1984 kann die politische Opposition sehr wenige ( um nicht zu sagen: keine ) Erfolge anmelden. Sie hat es nicht erreicht, sich in angemessener Weise zusammenzufinden, um der Diktatur zu begegnen. Sie hat kein Projekt, keine politische Alternative ausarbeiten können, die dem Land als gangbar erscheinen könnte. All das hat es der Militärregierung erlaubt, trotz der Wirtschaftskrise und trotz der Widersprüche, die in ihr ausgefochten werden, die politische Initiative zurückzuerobieren. Nicht einmal die bescheidene Initiative eines Verfassungspaktes hat die Opposition erreichen können.

Zum wiederholten Male müssen wir feststellen: "Die Stärke der Regierung kommt aus der Schwäche der Opposition."



Im folgenden geht es um zwei Fragen: Wie ist es zu dieser Situation gekommen, die so sehr im Gegensatz zur Demokratisierungstendenz im restlichen Lateinamerika steht? Und was sind die zukünftigen Perspektiven der chilenischen Situation?

## II. DIE KRISE DES REGIMES

Hier ist zunächst ein Punkt festzuhalten, der für die Analyse der allgemeinen politischen Situation entscheidend ist und teilweise die von der Opposition begangenen strategischen Fehler erklären könnte: Das Regime ist am Ende, wo es um ein historisches Projekt geht, aber es behält doch eine außerordentliche Überlebensfähigkeit. Diese beruht im wesentlichen darauf, daß die Streitkräfte zu ihren Befehlshabern und zur zentralen Führung durch General Pinochet halten.

Was diesen Zusammenhalt der Streitkräfte betrifft, so muß man sagen, daß es keine bedeutsamen Anzeichen dafür gibt, daß die Streitkräfte daran interessiert wären, ihre Privilegien aufzugeben und sich dann auch noch Untersuchungen oder Bestrafungen wegen Menschenrechtsverletzungen auszusetzen.

Diese Vorbemerkung ist sehr wichtig, weil sie die Strategie und die Taktiken, die die Regierung von General

Pinochet befolgt hat, erklärt und auch den Irrtum in der Analyse und im politischen Kalkül verständlich macht, dem die Opposition und besonders die Christdemokratie zum Opfer gefallen ist, als sie im ersten Halbjahr 1983 glaubte, daß die Regierung so erschüttert war, daß schon die bloße Bitte um den "Abgang von Pinochet" genügte, um sie stürzen zu lassen.

Nichts davon geschah. Bedrängt von der Wirtschaftskrise und dem Scheitern ihres Modells fühlten Pinochet und die Streitkräfte die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung und - besonders - der Mittelschichten, die für zehn Jahre ihre ihren gesellschaftlichen und politischen Rückhalt abgegeben hatten ( Händler, Fuhrunternehmer, Fabrikanten ).

Diese Situation bedroht nicht nur die Glaubwürdigkeit der Regierung in ihrer Wirtschaftspolitik, indem sie ihr die Unterstützung breiter Sektoren der Gesellschaft entzieht, sondern schwächt auch ihren politischen Rückhalt. Die enttäuschten Anhänger ziehen sich zurück, spalten sich auf, suchen untereinander nach Sündenböcken, wobei die Politik der Chicago Boys und ihr neoliberales Modell von den einen angegriffen, von den anderen verteidigt werden.

In diesem Klima verallgemeinerter Krise kommen Anschuldigungen auf, die die Autorität des Regimes und seiner Hauptfigur ins Zwielicht bringen ( Präsidentenhaus in Lo Curro, Bodenspekulation in Melocotón usw.).

Pinochet, dessen Ziel es ist, bis mindestens 1989 im Amt zu bleiben, und der sich nun von der wachsenden Unzufriedenheit bedroht sieht, die in den ersten Protesttagen vom Mai und Juni 1983 ihren Ausdruck findet, ist so gezwungen, nach einem politischen Ausweg zu suchen. Dafür benennt er mit Sergio Onofre Jarpa einen alten rechten Politiker zum Innenminister.

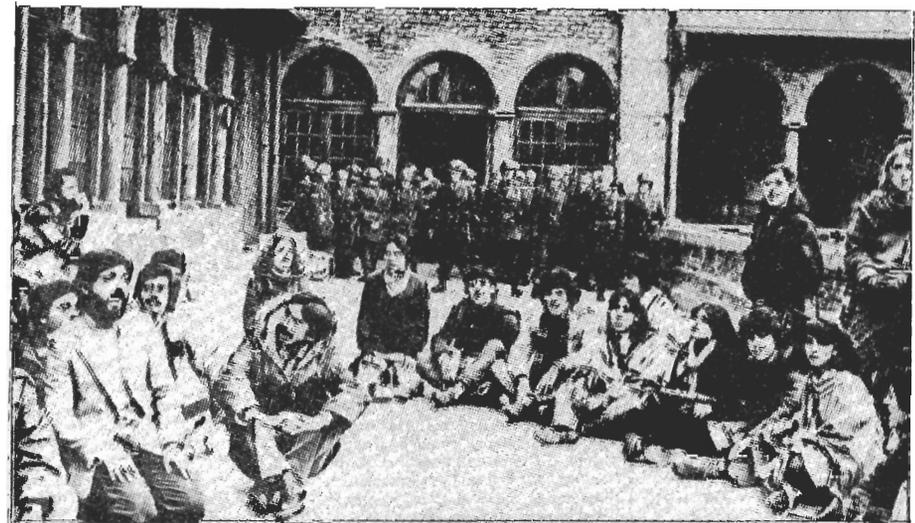
Die von Jarpa betriebene sogenannte "Öffnung" und der Dialog mit der Demokratischen Allianz ( AD ) erfüllten in hohem Maße ihre Funktion der Entmobilisierung. Den Protesttagen wurde Kraft entzogen, verhindert wurde auch ein politisches und soziales Übereinkommen der Opposition. Ermutigt durch die scheinbare politische Öffnung verstrickte sich die Opposition vielmehr in interne Streitereien, die sie gegenüber der Regierung schwächten und gegenüber der eigenen Basis Glaubwürdigkeit und Stärke kosteten.

Jarpas Strategie stieß aber trotz ihres relativen Erfolges auf drei wichtige Hindernisse: Erstens das Miß-

trauen Pinochets gegenüber allem, was nach Demokratie "riecht", und sein Bestreben, bis 1989 zu bleiben; zweitens die wachsende Radikalisierung der Proteste; und drittens die Wirtschaftskrise, die noch verschärft wird durch die Kämpfe innerhalb des wirtschaftspolitischen Führungsteams der Minister Escobar und Collados.

Pinochets Wunsch, im Amt zu bleiben, und sein Mißtrauen gegenüber jedem Demokratisierungsplan, fanden jetzt wieder deutlichen Ausdruck in einer Rede, die er am 29. Oktober 1984 gehalten hat: "Die Regierung wird weder einen Dialog mit der Opposition aufnehmen, noch eine Initiative, die auf eine Änderung des in der Verfassung festgelegten Übergangs bedeuten würde, akzeptieren, solange die politischen Organisationen und ihre Führer nicht überzeugend ihre demokratische Intention nachweisen, den Willen des chilenischen Volkes zu erfüllen, wie er 1980 im Plebiszit zum Ausdruck gekommen ist."

Trotz der Bremsen, die der "Dialog" und die wachsende Repression von seiten der Regierung bedeuteten, erfuhr die gesellschaftliche Mobilisierung während des ganzen Jahres 1984 einen Anstieg. Höhepunkte erreichte die Radikalität der Mobilisierung mit dem Erfolg von Protesttag und Streik am 29. und 30. Oktober und mit dem Triumph der vereinigten Opposition bei den Wahlen der



Studentenschaft der Universidad de Chile. Die Opposition erreichte hier fast zwei Drittel der Stimmen.

In bezug auf die Wirtschaftskrise hat die Regierung allmählich jede Klarheit über die eigenen Ziele, den

Zusammenhalt zwischen ihren wirtschaftspolitischen Teams und jene "Mystik" der funktionierenden Macher verloren, die die ersten sieben Jahre ihrer Amtszeit gekennzeichnet hatten.

Wie wir aber schon gesagt haben, hat sich die Überlebensfähigkeit der Regierung noch nicht erschöpft. Diese Fähigkeit geht hauptsächlich auf den Zusammenhalt der Streitkräfte zurück, die durch die Tatsache erleichtert und bestärkt wird, daß Pinochet zugleich Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber des Heeres, der wichtigsten Waffengattung der Nationalen Verteidigung, ist.

Dennoch ist Pinochet unter dem Eindruck der andauernden Wirtschaftskrise, der Widersprüche in der Regierung selbst, der Radikalisierung der gesellschaftlichen Bewegung und seines eigenen Mißtrauens in die Demokratie zu dem Schluß gekommen, daß der in der Notsituation vom Juli 1983 beschrittene Weg der "Öffnung" ihm sein Bleiben bis 1989 nicht garantiert.

Diese Schlußfolgerung bringt ihn dazu, die politische Öffnung zu beenden und den Belagerungszustand mit den begleitenden Maßnahmen zu verkünden.

### III. KRISE DER OPPOSITION

Wenn man die politische Entwicklung der letzten Jahre betrachtet, kann man feststellen, daß die Opposition bis zur sogenannten "Öffnung" ( August 1983 ) - abgesehen vom Sonderproblem der Sozialisten - ein ziemlich einheitliches Bild geboten hat. Selbst wenn es kein ausdrückliches Bündnis gab, das die Parteien und sozialen Bewegungen vereint hätte, so erreichten sie doch in verschiedenen politischen Initiativen Koordination und einheitliches Handeln.

Die Krise der politischen Opposition läßt sich durch die folgenden Aspekte kennzeichnen: 1) Fehlende Einheit oder Übereinkunft, was daran hindert, die gesellschaftliche Mobilisierung zu fördern und zu führen; 2) Fehlen eines Projektes oder eines gangbaren alternativen Vorschlags für die Lösung der politischen, wirtschaftlichen und verfassungspolitischen Probleme; 3) Mangel an Scharfblick und politischer Vision, denn es gelingt nicht, die eigenen Kräfte gegenüber denen des Regimes richtig zu gewichten.

Stattdessen ließ sich die politische Opposition zu einem Teil in die Falle eines entmobilisierenden Dialogs locken und vergaß darüber die Bedeutung der gesellschaftlichen Mobilisierung, das einzige Mittel, mit dem die

Erreichung des vorgeschlagenen Ziels, nämlich die Entfernung von Pinochet und eine wirkliche Demokratisierung, erleichtert werden konnten.

Aber es gab noch eine andere Erscheinung. Die Oppositionsparteien - und besonders die Parteien in der AD - zeigten eine allgemeine Tendenz, die Entwicklung ihrer eigenen Parteistrukturen über die Stärkung der Koalition zu stellen, wobei einige sogar in interne Zwistigkeiten gerieten, die bis hin zum offenen Fraktionskampf führten.

Die Christdemokratie glaubte 1983, daß die Regierung "am Boden" war, und unterschätzte deren Überlebensfähigkeit. Hätte sie sich mit dieser Diagnose nicht geirrt, so hätte sie nicht darauf bestanden, eine Koalition wie die AD zu gründen, die nämlich nicht als Parteienzusammenschluß gedacht war, der alle politischen Sektoren zur Überwindung der Diktatur und zur Beschleunigung des Übergangs zusammenbringen sollte, sondern als ein "Regierungsbündnis" entworfen war. Die erste Folge dieser Diagnose war der Ausschluß der Kommunistischen Partei ( PC ). Die Kommunistische Partei konnte natürlich nicht an einem Regierungsbündnis, wohl aber an einem Parteienbeschluß beteiligt werden. Das führte dann schnell zur Entstehung der MDP und darauf zur Gründung des Sozialistischen Blocks, womit die Teilung der Opposition besiegelt war.

Die optimistische Diagnose der Christdemokratie, die Bildung der drei Parteienbündnisse, die "de facto"-Legalisierung der politischen Aktivität und die Ausdehnung der Freiheitsräume führten zu einem wahren Wettlauf mit Wahlkampfstimmung. Jetzt kamen die "Persönlichkeiten" auf, die "großen Figuren" der Partei, und der allgemeine Grundton entsprach einem Fieber der persönlichen und parteilichen Profilierung, alles das in einem Stil, der die alten politischen Laster wieder aufleben ließ.

Die öffentliche Meinung verstand nicht, was in den Oppositionsparteien geschah; Ihre Aktivität schien losgelöst von den täglichen Problemen, mit denen alle Chilenen zu kämpfen haben. Ohne es zu wollen, geben die chilenischen Politiker auf diese Weise der Militärregierung recht, die sich anstrengt, sie als "wenig ernsthaft" oder als "Demagogen" vorzuführen. Tatsächlich war das Verhalten der politischen Parteien seit August 1983 mehr einer Wahlkampagne angemessen als einem Kampf gegen Diktatur und für die Wiedereroberung von Demokratie.

Bis zur Verkündung des Belagerungszustandes war die chilenische Opposition nicht fähig, ein Mindestübereinkommen abzuschließen, wie es die Unterschrift unter einen Verfassungspakt gewesen wäre. Sie geriet darüberhinaus in die Falle einer von der Regierung geförderten Diskussion über die Gewalt als Mittel der politischen Aktion. Statt die ( gerade von der Militärregierung straflos ausgeübte ) terroristische Gewalt zu verurteilen, begann man mit einer sterilen Diskussion über die Gewalt überhaupt.

Als Folge dieser Diskussion ergab sich in den letzten Monaten eine falsche Alternative zwischen "Verständigung" und "Konfrontation", wobei man die Konfrontation als bewaffnet, gewalttätig oder aufständisch begreift und die Verständigung als Übereinkunft oder mit dem Regime "ausgehandelten Ausweg".

Diese Alternative ist falsch, weil sie eine dritte Möglichkeit nicht kennen will, nämlich die gesellschaftliche Mobilisierung und die politische Konfrontation mit friedlichen Mitteln wie zivilem Ungehorsam und anderen gewaltlosen Widerstandsformen. Sie ist auch falsch, weil sie die wahre Natur der Militärregierung und die verblendete Entscheidung Pinochets verkennt, um jeden Preis zu bleiben.

Diese Diskussionen sind soweit gegangen, daß sie in entscheidenden Augenblicken die Opposition handlungsunfähig gemacht haben.

Die Weigerung der oppositionellen AD, die gesellschaftliche Mobilisierung voranzutreiben, geht zurück auf die erklärliche Furcht vor der Dynamik, die ein solcher Prozeß auslösen würde, der nämlich von den Sektoren der politischen Mitte nicht mehr kontrolliert werden könnte. Diese Sektoren verstehen, daß eine solche Mobilisierung im selben Maße unter die Führung der Linken geraten würde, wie sie an Entschiedenheit zunimmt. Die Erfahrungen mit den Protesttagen und dem Streik stärken diese Befürchtungen. Ein anderer Grund für die Weigerung, die gesellschaftliche Mobilisierung voranzutreiben, liegt aber auch in der Haltung der PC, die ihre Haltung zum Gebrauch von Gewalt und zu den Unternehmungen der "Frente Patriótico Manuel Rodríguez" nicht ausreichend geklärt hat.

Nach der Verhärtung der Regierung scheint es in jedem Falle unausweichlich, daß die wirkliche Alternative heute gegeben ist zwischen bedingungslosem Eingehen der Opposition auf die von der Militärregierung gesetzten Fristen oder politische Konfrontation mittels gesellschaftlicher Mobilisierung.

## "Bürger, noch immer haben wir kein Vaterland!"

Als am 20. Dezember der stellvertretende Chefredakteur der halboffiziellen Tageszeitung "La Nación", Sebastian Bertolone, entführt und am 1. Weihnachtsfeiertag unversehrt wieder freigelassen wurde, erfuhr die chilenische Öffentlichkeit erstmals in aller Ausführlichkeit von der Existenz einer bewaffneten Widerstandsorganisation gegen die Diktatur: der "Frente Patriótico Manuel Rodríguez" (FPMR).

Es scheint deshalb an der Zeit, sich näher mit der FPMR zu beschäftigen, nicht nur wegen der von ihr mittlerweile erreichten Handlungsfähigkeit, die sie ohne Zweifel zu einem unübersehbaren Faktor im politischen Geschehen Chiles gemacht hat, sondern auch wegen der politischen Situation des Landes sowie des Selbstverständnisses der FPMR.

Die politische und soziale Situation Chiles läßt es mehr und mehr als unwahrscheinlich erscheinen, daß Pinochet allein auf dem Weg der bisherigen Protestaktionen gestürzt werden kann. Die Verhängung des Ausnahmezustands hat die Anfälligkeit und Begrenztheit dieser Art des Protests sehr schnell deutlich gemacht, vor allem die Mittelschichten und die bürgerlich-demokratische Opposition sehen sich plötzlich ihrer Möglichkeit zur politischen Artikulation beraubt und haben sich bisher auch noch nicht in der Lage gezeigt, ein gangbares Konzept der Massenmobilisierung unter verschärften Bedingungen zu entwickeln. Im Gegenteil, ihre politischen Repräsentanten - allen voran die Führung der Christdemokraten und der Demokratischen Allianz - haben, so scheint es sogar die Weiterführung von Massenaktionen in den Hintergrund gestellt und den Gedanken an die Einheit der demokratischen Opposition aufgegeben. Sie bemühen sich, mit der politischen Rechten ins Geschäft zu kommen, und hoffen auf diese Weise, die Generale zum Rücktritt überreden zu können.

Damit vollzieht sich in der Opposition dieselbe Trennung, die für die chilenische Gesellschaft längst zum wesentlichen Charakteristikum geworden ist. Die Trennung in Bürger und "underdogs"; in die, die noch etwas besitzen - und sei es nur eine miserabel bezahlte Arbeit, deren Lohn vielleicht noch zur Reinigung des weißen Kragens, kaum mehr aber zum Erwerb der notwendigen Nahrungsmittel ausreicht, und diejenigen, die sich schon am Ersten jeden Monats fragen müssen, wo sie das Geld für ein Kilo Brot hernehmen sollen. Es mag - wenn auch nicht sehr wahrscheinlich - in naher oder ferner Zukunft einem Gabriel Valdés, wenn er einmal die Präsidentenwürde im Rahmen eines "paktierten Übergangs" aus den Händen eines entnervten Generals Pinochet empfangen darf (der US-Botschafter wird daneben stehen und sich ins Fäustchen lachen), vielleicht gelingen, das Bedürfnis der Mittel-

schichten nach Fleisch und Wahlen zu befriedigen, den Hunger nach Brot und Gerechtigkeit wird er im Bündnis mit dem Militär und der politischen Rechten nicht stillen können.

Angesichts dieser Aussichten braucht es denn auch nicht zu verwundern, daß die FPMR sich in erster Linie den aus der Gesellschaft ausgestoßenen Massen verpflichtet sieht und dort auch mehr und mehr Anhang gewinnt, obwohl sie sich keineswegs nur als deren Vertreter sieht. "Bürger, noch immer haben wir kein Vaterland", lautet ihr meist verbreiteter Slogan, mit dem sich die FPMR durchaus als schichtenübergreifende Bewegung darstellt. Auch der Name weist auf den Anspruch hin, im Namen des gesamten chilenischen Volkes zu handeln. Manuel Rodriguez war ein bürgerlicher, radikal-demokratischer Freiheitskämpfer, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein überwiegend aus Bauern bestehendes Guerilleroheer in den Unabhängigkeitskrieg gegen die spanischen Kolonialherren führte.

Initiiert wurde die FPMR allerdings von der Kommunistischen Partei, die 1980 angesichts der Aussichtslosigkeit des lediglich friedlichen Kampfes gegen die Diktatur den bewaffneten Kampf in die Palette möglicher Widerstandsformen aufgenommen hatte, und auch heute noch dürfte die Mehrheit der Kämpfer der FPMR aus den Reihen der KP kommen, wenn sich ihr auch in zunehmendem Maße Angehörige anderer Parteien oder Jugendliche anschließen.

Das schichtenübergreifende Selbstverständnis schlägt sich auch in den inhaltlichen und strategischen Positionen nieder. Ausdrücklich sieht sich die FPMR nicht als eine Avantgarde, die im geschichtlichen Auftrag die Massen zu befreien hat, sondern versteht sich als bewaffneter Arm der Opposition, die ihre Aktionen vom jeweils erreichten Stand der politischen Entwicklung abhängig macht, wobei allerdings das Bewußtsein und die Handlungsfähigkeit der verletzten Massen den wesentlichen Gradmesser für ihr Handeln darstellt.

Nimmt man die bisherigen Aktionen der FPMR zum Maßstab, findet man das Postulat von der engen Anlehnung ihrer Aktionen an die politische Entwicklung bestätigt. Bis zur Verhängung des Ausnahmezustands beschränkte sie sich im wesentlichen auf Anschläge auf Symbole des Regimes und auf die Sprengung von Hochspannungsmasten, die jeweils pünktlich zu den nationalen Protesttagen ganz Chile - mit Ausnahme des äußersten Südens und Nordens - in vollständige Dunkelheit hüllten. Erst nach der Verhängung des Ausnahmezustands sind sie verstärkt dazu übergegangen, auch gezielt Polizei- und Militärstationen zu überfallen und dabei den Tod von "Ordnungs"kräften in Kauf zu nehmen.

Im folgenden dokumentieren wir auszugsweise die politischen

und militärischen Positionen der FPMR, die diese im November 1984 in einer ersten öffentlichen Erklärung dargelegt haben.

#### ERSTES MANIFEST DER RODRIGUISTEN AN DAS CHILENISCHE VOLK:

Angesichts der tiefen Krise, die von der Diktatur Pinochets und seiner Kamarilla provoziert wurde, bekundet die FPMR vor dem chilenischen Volk und vor ihren Freunden in aller Welt:

Das Land durchlebt heute die schwerste Krise seiner Geschichte. Diese Krise umfaßt die unterschiedlichsten Aspekte des nationalen Lebens und macht eine tiefgreifende Veränderung unvermeidbar, die alle ungerechten Strukturen beseitigt, die die Tyrannei in diesen 11 Jahren errichtet hat.

Wir erleben eine politische Krise, die einzig und allein durch das Fortbestehen einer persönlichen Tyrannei hervorgerufen ist, die das chilenische Volk allerseiner Rechte beraubt hat, die es sich in langen Jahren des Kampfes und der Opfer erstritten hat...

Angesichts dieser Situation und ohne jede Unterstützung im Volk, bleibt der Tyrannei als einziger Ausweg nur die brutale und blutige Repression gegen das Volk und seine Organisationen. In den letzten Tagen hat sie daher erneut zum Mittel des Belagerungszustandes gegriffen - mit der Folge einer ganzen Serie von Verboten und Zensurmaßnahmen.

Wir durchleben eine tiefe Wirtschaftskrise..., die das Land in eine Auslandsverschuldung getrieben hat, die auf dramatische Weise unsere Zukunft belastet.

Für das Volk bedeutet diese Situation das Drama der Arbeitslosigkeit, des Hungers und des Elends. Und so sieht es sich vor die Alternative gestellt, vor Hunger zu sterben oder sich bedenkenlos gegen die Ursache seines Dramas zu erheben, gegen die Diktatur.

Wir erleben eine moralische Krise, die in einer allgemeinen Korruption in den höchsten Sphären des Regimes und in den wohlhabendsten Schichten zum Ausdruck kommt, die das Land und die Welt mit ihren Skandalen bewegen.

Die blutigen Ereignisse, in die Polizei- und Sicherheitskräfte des Regimes bei absoluter Straflosigkeit verwickelt sind, und die das Volk Hunderte von Opfern gekostet hat - zuletzt den Lastwagenfahrer Mario Fernández, den Arbeiter Juan Aguirre Ballesteros und die Toten des Generalstreiks - sind ebenfalls ein Zeichen dieser moralischen Krise...

Das Regime hat die Justiz herabgewürdigt, indem es sie zur Komplizin aller seiner Gewalttaten gemacht hat; es hat die Streitkräfte dazu degradiert, die Rolle des Henkers für das Volk und des Wächters der Interessen der Reichen zu übernehmen.

Das alles hat dazu geführt, daß das Volk heute die Beseitigung aller dieser vom Regime geschaffenen Unterdrückungsstrukturen fordert.

Die Situation ist unerträglich für das Volk geworden. Und es befindet sich heute in der Erhebung gegen die Tyrannei, indem es elf

Protesttage und den jüngsten Generalstreik als Ausdruck seiner offensiven Kampfbereitschaft durchgeführt hat...

Nachdem das Regime seine Absichten gescheitert sah, als die Arbeiter entschlossen die Durchführung des Generalstreiks in Angriff nahmen, entschied es sich dafür, endgültig die Maske fallen zu lassen und den Belagerungszustand zu verkünden, der einmal mehr eine weitreichende repressive Aktion gegen die gesamten oppositionellen Kräfte darstellt.

Die FPMR erklärt angesichts dieses und anderer Manöver, die die Diktatur beabsichtigt, daß der Kampf so lange weitergehen wird, wie es exilierte Chilenen gibt, solange es keine Gerechtigkeit gibt für tausende von Verschwundenen, Gefolterten, Ermordeten und Verhafteten; solange es keine völlige politische Freiheit, Presse- und Vereinigungsfreiheit gibt, solange das Volk seine Rechte nicht zurückerhält, solange Hunger und Elend bei der Mehrheit sowie Luxus und Verschwendung bei einer Minderheit herrschen, solange die Verfolgungen und die Folterungen anhalten, solange Kirchengebäude in die Luft gesprengt werden, solange Oppositionelle ermordet werden und solange nicht der gesamte Repressionsapparat der Diktatur, angefangen beim finsternen Geheimdienst CNI, beseitigt wird.

Einen Dialog wird es nur noch geben, wenn er dazu dient, ein unmitttelbares Ende der Regierung Pinochet, seiner Junta und seiner Verfassung herbeizuführen...

Es erscheint uns inkonsequent, daß bestimmte Kreise der Opposition das Volk mobilisieren und zum Protest aufrufen, aber dann jede Art von Gewalt zurückweisen, wobei sie sogar die legitime Gewalt ausschließen, die das Volk zu seiner Verteidigung anwendet.

Einige gehen sogar noch weiter und benutzen die Mobilisierung des Volkes als wahrhaftige Erpressung, um einen Ausweg im Pakt mit der Diktatur auf dem Rücken des Volkes zu finden. Das ist unmoralisch und heißt, das Volk zu manipulieren. Die Gewalt des Volkes ist legitim und findet ihre Erklärung in der rohen Brutalität, die es unter der Diktatur erlitten hat und weiter erleidet.

Das zivilisierteste politische Ziel ist heute, die Diktatur so schnell wie möglich zu beseitigen, denn sie ist die Ursache aller Gewalt. Zu diesem Zweck sind alle Formen des Kampfes anzuwenden, wobei auch jene eingeschlossen sind, die den Weg der Gewalt gehen, einen Weg, den wir Chilenen nicht gesucht haben, sondern der uns aufgezwungen wurde.

Die oppositionellen Kräfte haben die Idee eines Verfassungspaktes entwickelt, der alle Kräfte, die den Pakt unterschreiben, auf ein zukünftiges demokratisches Regime und die grundlegenden Normen, die es beherrschen sollen, verpflichtet.

Es handelt sich dabei zweifellos in dem Maße um eine positive Idee, wie sie eine Übereinkunft unter allen Demokraten darstellt. Aber gegenüber dem Volk wird es eine unvollständige Verpflichtung sein, wenn von den Unterzeichnern nicht auch die Verpflichtung eingegangen wird, das gegenwärtige Regime zu beenden und den diktatorien

Apparat zu zerstören.

Die Diktatur und alle ihre Einrichtungen zu beenden, ist der grundlegendste Existenznachweis für die Unterzeichner eines Verfassungspaktes.

Wir mißtrauen den "Demokraten" der letzten Stunde. Eine bloße Erklärung ihrer demokratischen Gesinnung reicht uns nicht aus, nachdem wir den Weg vieler "Demokraten" verfolgt haben, die in den 11 Jahren nicht geschwankt haben, alle Aktionen der Diktatur, sogar die barbarischsten, zu unterstützen.

Wir interpretieren sicher die überwiegende Mehrheit des Volkes, wenn wir ein vollständig demokratisches Regime anstreben, sowohl im politischen als auch im sozialen Bereich. Dazu sind neben der politischen auch eine Reihe von ökonomisch-sozialen Änderungen notwendig, die die Konzentration der politischen und wirtschaftlichen Macht in den Händen einiger weniger beenden...

Wir fordern das Recht der Bauern und Landarbeiter auf eine neue Agrarreform, die ihnen das Land zurückgibt, das das Regime usurpiert hat, um die Latifundien wiederherzustellen.

Wir fordern das Recht des Mapuche-Volkes auf sein Land...

Wir fordern das Recht der Studenten und Universitätsangehörigen, sich ihre eigenen autonomen Organisationen zu geben...

Wir fordern das Recht der Jugend auf Ausbildung und Arbeit...

Wir streben eine wirklich partizipatorische Demokratie an...

#### NEUE STREITKRÄFTE FÜR DIE ZUKÜNFTIGE DEMOKRATIE

Während dieser 11 Jahre sind die Streitkräfte in all jene Akte verwickelt worden, die die Kamarilla, die uns heute regiert, in ihrem Namen unternommen hat...

Von daher ergibt sich die unumstößliche Notwendigkeit, innerhalb der Streitkräfte eine tiefgreifende Reinigung von den kriminellen und korrupten Elementen vorzunehmen und, davon ausgehend, eine gründliche Neustrukturierung der Streitkräfte vorzunehmen, die das Land braucht...

Wir rufen die Soldaten auf, nicht auf das Volk zu schießen, nicht an der Unterdrückung teilzunehmen.

Wir rufen sie auf, sich der FPMR anzuschließen, in der sie einen Ort finden werden, ihre Berufung als Soldaten zu realisieren, die vom Volk geliebt und geachtet werden.

Die repressiven Kräfte jedoch warnen wir: das Volk nimmt es nicht mehr hin, weiter überfallen und massakriert zu werden. Es organisiert sich und bereitet sich darauf vor, den Henkern die gerechte Strafe zu geben.

Wenn sie ihre Haltung nicht ändern, werden sie erfahren, was es bedeutet, den Einheiten des bewaffneten Volkes entgegenzutreten, was nicht dasselbe ist, wie es mit einem wehrlosen Volk zu tun zu haben. Sie sollten nicht vergessen, daß selbst die mächtigsten

Heere gegenüber Völkern, die zur Erringung ihrer Freiheit entschlossen waren, den Staub der Niederlage haben schlucken müssen.

WAS IST HEUTE ZU TUN, UM DIE DIKTATUR ZU BESEITIGEN?

...

Die FPMP ist zu dem Schluß gelangt, daß dieses Regime nur effektiv bekämpft werden kann und dann schließlich besiegt wird, wenn alle Formen des Kampfes, die bewaffnete eingeschlossen, angewendet werden. Genau deshalb hat sich unsere Front gebildet, um das Volk in seinem Kampf bis zum endgültigen Sieg militärisch zu führen.

Wir rufen dazu auf, die breiteste politisch-militärische Front zu bilden, die fähig ist, unter ihrer Führung das gesamte Volk in jeder Etappe seines Kampfes hinter sich zu vereinen...

Es ist notwendig, daß das Volk die Aufgabe unternimmt, seine militärische Abteilung zu schaffen. Deshalb schlagen wir vor:

- Die Schaffung und Entwicklung von Rodriguistischen Milizen an jedem Ort als authentische Organe des Volkskampfes, die zur Aufgabe haben, die Organisation und Entwicklung der kämpferischen Fähigkeiten des ganzen Volkes voranzutreiben, indem sie heute die Selbstverteidigung anführen und später die notwendigen Schritte einleiten, um die Aufgaben in einer höheren Stufe des Kampfes zu erfüllen;
- Die Einheit der verschiedenen bewaffneten Abteilungen des Volkes mit dem Ziel zu erreichen, die Aktionen zu koordinieren und entscheidende Schläge gegen die Kräfte der Diktatur vorzubereiten;
- Durch das ganze Volk eine ständige Aktion zu entfalten, die die Mitglieder der Streitkräfte an ihre Rolle als Henker des Volkes erinnert und es ihnen ermöglicht, sich den Kräften anzuschließen, die gegen die Tyrannei kämpfen...

Angesichts der Aggressivität des Regimes und des verschärften Charakters der Kämpfe, ist es notwendig, die paramilitärische Vorbereitung und Organisation des Volkes in Angriff zu nehmen. Diese Organisation und Vorbereitung wird den Kämpfen des Volkes eine größere Effektivität verleihen. Gleichzeitig wird die paramilitärische Organisation des Volkes dazu beitragen, die Bedingungen zu schaffen, um die folgende und höhere Etappe zu beginnen, die "nationale Erhebung".

DER RODRIGUISMUS - EINE HISTORISCHE OPTION

...  
Wir lieben den Frieden und möchten die terroristische Gewalt des Regimes beenden. Nach-dem wir über zehn Jahre lang die Schläge hingenommen und am eigenen Leib die Gewalt des Regimes erlitten haben, haben wir uns vor einem Jahr entschlossen, uns zu organisieren und zu handeln - überzeugt davon, daß es die einzige Form ist, um den Ursprung der Gewalt selbst zu beseitigen, die Diktatur.

Niemals zuvor haben wir zu den Waffen gegriffen.

Heute tun wir es gezwungenermaßen, aber entschlossen und im Vertrauen darauf, daß kein Opfer vergeblich sein wird.

Die compañeros, die im Kampf gefallen sind, werden von uns bewundert und sind die Quelle der Inspiration für tausende von Kämpfern, die tagtäglich ihren Platz einnehmen und sich dem Kampf anschließen.

Wir sind keine neue politische Partei, und wir wollen niemandem seinen Platz streitig machen.

Wir danken den Parteien, die ihr Verständnis, ihre Sympathie und ihre Solidarität mit unserem Kampf zum Ausdruck gebracht haben.

Wir stimmen mit ihnen darin überein, daß im heutigen Chile Menschen ermordet werden, weil sie an einem Protestmarsch teilgenommen haben, auf Kochtöpfen Lärm machten oder einfach in ihren Wohnungen, während sie schliefen oder die Bibel lasen.

Deshalb kann uns niemand den Wert der Option für das Leben absprechen, wenn wir uns dazu entschlossen haben, mit der Waffe in der Hand zu kämpfen, überzeugt davon, daß es die Kampfform ist, die, in Verbindung mit anderen Formen, die Diktatur beseitigen und den Terror beenden wird.

Wir verachten keine einzige Kampfform. Wir möchten das Verständnis der Parteien haben, die heute gegen die Diktatur kämpfen und mit ihnen darin übereinstimmen, daß die große patriotische Front das Volk zum Sieg führen wird.

Unser Kampf ist der der Arbeitslosen, der Wohnungslosen, der Studenten, der Akademiker, der Bergleute von El Teniente, der Frauen, der campesinos und der Mapuches. Unser Kampf ist aber auch der Kampf zur Verteidigung der menschenrechte und darum, daß kein Chilene hungrig schlafen gehen soll...

Wir rufen das Volk auf, alle Aufgaben in Angriff zu nehmen, die wir in diesem Manifest vorschlagen.

Wir rufen zur Schaffung der Rodriguistischen Milizen auf!

Wir rufen die besten Kämpfer des Volkes auf, sich den Reihen der FPMP anzuschließen, besonders die Jugend, die am meisten unter diesem Regime gelitten hat.

Nur der heroische, entschlossene und mutige Kampf des gesamten Volkes wird uns von der Tyrannei befreien.

Der Sieg gehört uns!

Gegen Hunger und Unterdrückung - VOLKSAUFSTAND.

NATIONALE LEITUNG  
DER FRENTE PATRIOTICO MANUEL RODRIGUEZ

Santiago de Chile, November 1984

## ARGENTINIEN

### Gewerkschaftswahlen

Eines der wichtigsten Projekte der Regierung von Raúl Alfonsín ist die Reform des Gewerkschaftswesens. Ein erster Anlauf scheiterte durch die Ablehnung des Gesetzes im Senat im März 1984 (vgl. LN 124). Nach intensiven Verhandlungen mit der Gewerkschaftsführung und der peronistischen Partei wurde dann im Juli ein Gesetz zur Regelung der Gewerkschaftswahlen verabschiedet, das gegenüber dem ersten Entwurf große Zugeständnisse an die Forderungen der peronistischen Gewerkschaftsbürokratie machte. Entsprechend den Bestimmungen dieses Gesetzes finden seit Oktober Gewerkschaftswahlen in Argentinien statt.

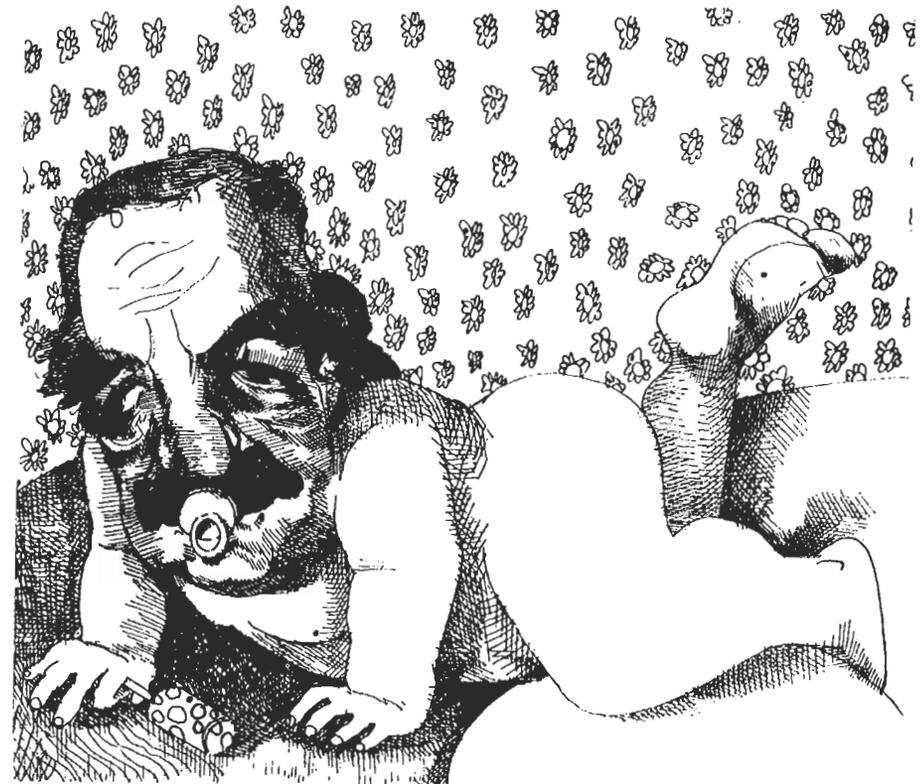
Die Auseinandersetzungen zwischen rechtsperonistischen Bürokraten und oppositionellen Peronisten sind auf dem Kongreß des peronistischen Partido Justicialista so eskaliert, daß eine Spaltung der Partei möglich ist.

#### DAS GEWERKSCHAFTSWAHLGESETZ

Nach intensiven Verhandlungen mit der peronistischen Gewerkschaftsspitze und dem Partido Justicialista wurde im Juli 1984 das Gesetz zur Regelung der Gewerkschaftswahlen durch das Parlament verabschiedet. Die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes sind:

- Das Gesetz betrifft alle Gewerkschaften, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens nicht über eine gewählte Gewerkschaftsleitung verfügen. (Einige Gewerkschaften hatten ihre Führung bereits 1983 nach dem damals gültigen, von den Militärs erlassenen Gewerkschaftsgesetz gewählt.) Die Wahlen erfolgen nach den geltenden Gewerkschaftsstatuten. (Art. 1)
- Die Wahlen werden von der nationalen Justiz oder dem Arbeitsministerium überwacht; die amtierende Gewerkschaftsführung kann zwischen beiden Möglichkeiten wählen. (Art. 2)
- Innerhalb von 60 Tagen nach Inkrafttreten des Gesetzes müssen die Gewerkschaftsleitungen Wahlen zu den Gremien der Assoziationen und Unionen (1) ausrufen. (Art. 3)
- Spätestens 30 Tage nach diesen Wahlen werden die Gremien der Organisationen zweiten Grades gewählt. Weitere 60 Tage später bestimmt der Kongreß des Gewerkschaftsdachverbandes CGT die neue CGT-Führung. (Art. 4)
- Die Wahl ist direkt, geheim und obligatorisch. (Art. 5)

- Die Kandidaten müssen mindestens zwei Jahre lang - mit oder ohne Unterbrechung - und mindestens 6 Monate vor der Wahl im Organisationsbereich der Gewerkschaft beschäftigt sein und der Gewerkschaft angehören. (Art. 8)
- Bei Gewerkschaften bis zu 20 000 Mitgliedern müssen mindestens 4% der Wahlberechtigten eine Liste unterstützen, damit diese kandidieren darf; bei größeren Organisationen müssen 2% der weiteren Beschäftigten zusätzlich unterschreiben. (Art. 14)
- Die neugewählte Führung schreibt Wahlen zu den betrieblichen Vertretungen aus. (Art. 27)
- Innerhalb von 60 Tagen nach Amtsübernahme sollen die neuen Gewerkschaftsleitungen dem Arbeitsministerium Vorschläge für die Regelung der Beteiligung der Minderheiten an der Gewerkschaftsleitung vorlegen. (Art. 28)



Vergleicht man die Bestimmungen dieses Gesetzes mit denen des ersten Regierungsentwurfs, dann zeigt sich deutlich, daß die Gewerkschaftsbürokratie einige ihrer wichtigsten Forderungen durchsetzen konnte:

- Der ursprünglich Entwurf sah vor, die Wahlen bei den betrieblichen Vertretungen beginnen zu lassen und die Gremien von unten nach oben sukzessive zu wählen. Im neuen Gesetz ist es umgekehrt: Zuerst werden die nationalen Gewerkschaftsleitungen gewählt, die dann Betriebswahlen ausschreiben. Dies benachteiligt die Kandidaten, die nicht mit dem Apparat im Rücken kandidieren und sich nun nicht bei Wahlen auf Betriebsebene profilieren können, bevor sie in nationalen Wahlen antreten.
- Der gescheiterte Gesetzesvorschlag sah geringere Anforderungen an die Gewerkschaftszugehörigkeit vor, damit jemand kandidieren kann. Auch die Quote derjenigen, die eine Liste unterstützen müssen, war geringer. Mit den gültigen Bestimmungen haben kleinere Gruppierungen weniger Chancen, überhaupt bei den Wahlen zu kandidieren, wenn sie sich nicht zu Listen mit Kandidaten unterschiedlicher politischer Herkunft zusammenschließen.
- Die Regelung, daß die Minderheit an der Gewerkschaftsführung proportional beteiligt werden muß, wurde von der Regierung zurückgenommen. Dies wird nun erst in dem Gesetz über die Berufsverbände geregelt werden, das in diesem Jahr verabschiedet werden soll. Im Gegensatz zum jetzt geltenden Wahlgesetz soll das neue Gesetz allgemein die Gewerkschaftsstruktur, Finanzierung, Rechte und Pflichten der Gewerkschaften regeln. Dies ist derzeit noch alles durch das weiterhin gültige Gesetz der Militärdiktatur von 1979 geregelt, sieht man von einigen Ausnahmen ab, z.B. wurde das Verbot der CGT aufgehoben.

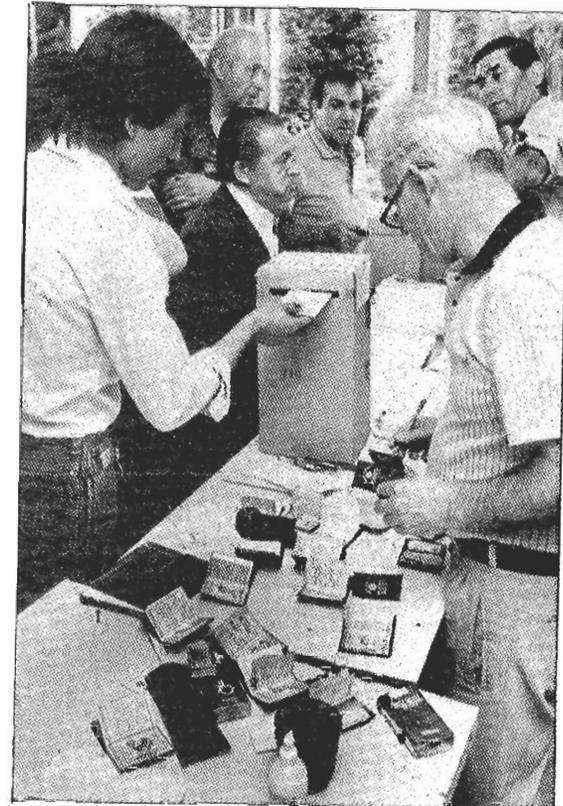
Nach Verabschiedung des Gesetzes äußerten sich viele Gewerkschafter, die in Opposition zur Gewerkschaftsführung stehen, sehr enttäuscht, während die CGT-Führung das Gesetz begrüßte. Avelino Fernandez, ein oppositioneller Metallgewerkschafter, der von der Führung aus politischen Gründen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden war und unter der Diktatur mehrere Jahre im Gefängnis verbringen mußte, äußerte sich in einem Interview sehr kritisch:

"Die oft versprochene 'gewerkschaftliche Demokratisierung' wird durch die Bestimmungen des neuen Gesetzes in keiner Weise erreicht. Die Regierung hat eine Wende um 180 Grad vollzogen. Nach den neuen Bestimmungen werden die Wahlkommissionen von Delegierten gebildet, die seit mindestens 8 Jahren im Amt bleiben konnten, weil sie mit den Militärs paktiert haben. Sie sind keineswegs repräsentativ. An der Reorganisation sind auch die von den Militärs eingesetzten Übergangskommissionen beteiligt. So wird doch letztlich die Führung wieder von oben eingesetzt statt von unten gewählt werden." (El Porteño, Juli 1984)

## DIE WAHLEN IN DEN GEWERKSCHAFTEN

Angesichts der achtjährigen Militärdiktatur, während der eine ganze Generation junger, basisorientierter Gewerkschaftsführer ermordet oder ins Exil getrieben wurden, während der eine politische Diskussion kaum möglich war, und der kurzen Zeit, die für die Neuformierung und Profilierung oppositioneller Gruppen zur Verfügung stand, hatten die Vertreter der traditionellen peronistischen Fraktionen große Vorteile. Deshalb ist es vor allem interessant, wie stark die nicht-traditionellen Gruppen überhaupt werden konnten.

Die Wahlentscheidung in den wichtigsten Gewerkschaften fiel - was die nationale Leitung betrifft - zwischen den traditionellen Fraktionen des Peronismus. Dies sind auf nationaler Ebene vor allem die Gruppierung der "62 Organisationen" des rechten Peronismus um den Gewerkschaftsboss und Vize-Präsidenten der peronistischen Partei Lorenzo Miquel, die Comisión de los 25 (ebenfalls



Stimmabgabe bei den Gewerkschaftswahlen

traditionelle Peronisten, die aber in den Konflikten mit der Militärdiktatur eine "kämpferischere" Linie vertraten), sowie die Comisión de Gestión y Trabajo, in der auch der UCR angehörende Gewerkschaften vertreten sind und die eine "professionalistische", weniger parteipolitisch orientierte Richtung vertritt.

In den einzelnen Sektionen, also den lokalen Gewerkschaftsgliederungen, bildeten sich jedoch verschiedene Koalitionslisten, die nicht dieser traditionellen Fraktionierung folgen. Hinzu kamen in vielen Sektionen Listen mit ausgesprochen "anti-bürokratischer" Ausrichtung, in denen Linkspersonen, UCR-Angehörige und auch Vertreter linker Splittergruppen zusammenarbeiteten. Diese "Unabhängigen" traten mit der Forderung nach Ablösung der alten Gewerkschaftsbürokraten an, sind aber keineswegs regierungstreue Gewerkschafter.

Im Folgenden wollen wir exemplarisch die Situation in einigen Gewerkschaften darstellen, die innerhalb der CGT eine führende Rolle spielen.

#### DIE METALLGEWERKSCHAFT UOM

Die wohl mächtigste Gewerkschaft Argentiniens ist die UNION OBRERA METALURGICA, die UOM. Die UOM ist eine traditionelle Säule des autoritären Rechtsperonismus. Sie ist berüchtigt für die mafia-ähnlichen Methoden der Gewerkschaftsführung, die Korruption und das Paktieren mit den verschiedenen Militärdiktaturen. Ihr langjähriger Generalsekretär Lorenzo Miguel gilt als einer der Mitbegründer der Terrororganisation AAA (Argentinische Antikommunistische Allianz), die seit etwa 1974 oppositionelle Gewerkschafter entführte, folterte und ermordete. UOM-Chef Miguel ist gleichzeitig Vorsitzender der rechtsperonistischen Gruppierung der "62 Organisationen" und seit 1983 Vizepräsident des Partido Justicialista.

In den Bezirken von Capital Federal und Gran Buenos Aires (also Buenos Aires mit den industriellen Vororten) gewann Miguels Liste ca. 70% der Stimmen. In der Sektion, in der Miguel selbst kandidierte, konnte sein Gegner nicht antreten, da die Wahlkommission diese Liste wegen Formfehlern ausgeschlossen hatte. Auf nationaler Ebene siegten die Miguel-Anhänger in 40 Sektionen und stellen damit 153 von 282 Delegierten des Gewerkschaftskongresses, der die nationale Führung wählt. Damit ist klar, daß Lorenzo Miguel auch in Zukunft Generalsekretär der UOM sein wird.

Die anti-bürokratischen Peronisten kandidierten auf einer gemeinsamen Liste mit verschiedenen nicht-peronistischen Gruppen. Sie gewannen in 9 Sektionen, darunter die wichtigen Industriebezirke La Matanza, Quilmes und Villa Constitución in Gran Buenos Aires. In Villa Constitución wurde Alberto Piccinini, der während der 70er Jahre aus der UOM ausgeschlossen worden war, unbestrittener Wahlsieger.

#### DIE MECHANIKERGEWERKSCHAFT SMATA

Die SMATA entstand in den 60er Jahren aus einer ehemals oppositionellen "Lista Verde" der UOM, die radikalere Forderungen und Kampfmethoden vertrat als die UOM-Führung. An der Spitze der SMATA steht seit 1972 José Rodríguez, der 1984 erneut für den Posten des Generalsekretärs kandidierte.

Der Organisationsbereich der SMATA erstreckt sich vor allem auf die Industriestädte Buenos Aires, Córdoba und Rosario, wo auch die großen Autokonzerne angesiedelt sind, in Buenos Aires beispielsweise Mercedes Benz, Volkswagen, Deutz und Ford. Die Region Gran Buenos Aires stellt 57% der Gewerkschaftsmitglieder.

Die Fahrzeugindustrie gehört zu den Wirtschaftsbereichen, die besonders stark unter der neo-liberalen Politik der Militärs zu leiden hatten: Entlassungen, Produktionsstilllegung und Kurzarbeit waren (und sind noch) an der Tagesordnung. Der Dienstleistungsbereich (Wartung und Reparatur) war dagegen weniger stark betroffen. Diese beiden Sektoren unterscheiden sich auch gewerkschaftspolitisch: Während im Servicebereich nur die "62" und die "25" eine Rolle spielen, sind im eigentlichen Produktionsbereich - der Basis des Generalsekretärs Rodríguez - auch die "Unabhängigen" stark vertreten.

In Gran Buenos Aires siegte Rodríguez' Lista Verde. Im Landesinneren dagegen gewann die "gemäßigtere", professionalistisch ausgerichtete "Lista Azul y Blanca" in 19 Sektionen, darunter in Córdoba. Die "Lista Verde" siegte in 14 Sektionen. Wegen des Übergewichts von Gran Buenos Aires wurde jedoch José Rodríguez wieder Generalsekretär.



José Rodríguez



Raúl Ravitti



Roberto Digón

Schon kurz nach der Wahl kam es in der SMATA zu heftigen Auseinandersetzungen, weil die nationale Gewerkschaftsleitung die Leitung einer Sektion wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten in der Amtsführung absetzen wollte. Da diese Sektionsleitung aber der oppositionellen "Lista Azul y Blanca" angehört, vermuten nun deren Mitglieder, daß Rodriguez legiglich einen Vorwand suchte, um die Sektionen mit oppositioneller Leitung zu schwächen.



Lorenzo Miguel



Jorge Triaca



Julio Guillán

In der relativ kleinen, aber politisch einflußreichen Druckergewerkschaft siegte mit großer Mehrheit Raimundo Ongaro. Ongaro ist eine Symbolfigur des kämpferischen Peronismus. In den 60er Jahren gründete er die "CGT de los Argentinos" als Gegengewerkschaft zu der mit der damaligen Militärdiktatur paktierenden CGT-Führung. Ongaro hatte die letzten Jahre im Exil verbracht. Nach seiner Rückkehr weigerte sich die Leitung seiner Gewerkschaft, ihn zu empfangen, und man hatte ihm wenig Chancen gegeben, die Wahlen zu gewinnen.

Die große Gewerkschaft der Staatsangestellten erlebte einen vollständigen Wechsel der Führungsspitze. Die alte Leitung der ATE, die diese seit den 60er Jahren geführt hatte, verlor gegen die "unabhängige" Liste von Victor de Gennaro, einem der bekanntesten jüngeren, anti-bürokratischen Gewerkschaftsführer, der in der ATE auch von der Comisión de los 25 unterstützt wurde.

## ÜBERBLICK ÜBER DIE BISHERIGEN WAHLERGEBNISSE

GEWERKSCHAFT	GENERALSEKRETÄR	MITGLIEDER	FRAKTION
Föderation des Personals der Fleischindustrie	Lesio Romero	83 000	62 Organisationen
SUTERH (Bauarbeiter)	Oscar Villafaafe	16 000	"
Gewerkschaft der Beschäftigten der Holzindustrie, Capital Federal	Antonio Petrucci	8 000	"
UOM (Metallarbeiter)	Lorenzo Miguel	287 000	"
SOMU (Seeleute)*	Juan C. Pascual	13 000	"
Union der städtischen Arbeiter und Angestellten, Capital Federal *	P. Datarmini	66 000	"
Bäckergewerkschaft Capital Federal	Orlando Miranda	4 130	"
SUPE (Erdölarbeiter in staatlichen Unternehmen)	Diego Ibañez	45 000	"
SUPA (Hafenarbeiter) *	César Loza	5 300	"
Gewerkschaft der Handelsreisenden	M. Diz Rey	5 000	"
Gewerkschaft der Beschäftigten der Glasindustrie	Alfonso Millán		"
Gewerkschaft der Lastwagenfahrer, Capital Federal	J. Pestarino	28 000	Comisión de los 25
Gewerkschaft der Gummiarbeiter *	Osvaldo Borda	10 000	"
ATE (Staatsangestellte)	V. De Gennaro	80 000	"
UNION FERROVIARIA (Eisenbahner)	Raúl Ravitti	158 000	"
Gewerkschaft der staatlichen Gasunternehmen, Capital Fed.	Rubén Califano		"
SMATA (KFZ-Mechaniker)	José Rodriguez	54 000	"
AOMA (Minenarbeiter)*	Carlos Cabrera	19 000	"
Pressegewerkschaft	R. Gasparini	1 000	"
Gewerkschaft der Tabakarbeiter *	Roberto Digón	15 000	"
Taxifahrgewerkschaft	Roberto García	18 000	"

GEWERKSCHAFT	GENERALSEKRETÄR	MITGLIEDER	FRAKTION
LUZ Y FUERZA (Beschäftigte der Energieunternehmen), Capital Federal	Oscar Lescano	19 000	Gestión y Trabajo
Gewerkschaft der Beschäftigten des Gesundheitswesens, Provinz Buenos Aires	Luis Lingeri	8 000	"
Union der zivilen Staatsbediensteten	Miguel Candore	133 000	"
Union der Beschäftigten der Plastikindustrie	Nicolás Brun	20 000	"
AOT (Textilgewerkschaft)	Pedro Goyeneche	68 000	"
Gewerkschaft der Limonadenindustrie	Juan Rachini	2 500	Comisión de los 20
Gewerkschaft der Beschäftigten der Bekleidungsindustrie	Enrique Micó	15 000	"
Gewerkschaft der Bankangestellten *	J.J. Zanola	155 000	Unabhängige
Druckergewerkschaft	Raimundo Ongaro	19 000	"
Journalistengewerkschaft Buenos Aires	Carlos Subiza	5 500	"
Gewerkschaft der Versicherungsangestellten	Ramón Valle	26 000	"
FOETRA (Beschäftigte der Telefonunternehmen)	Julio Guillán	10 200	"
UTA (Busfahrer)	J.M.Palacios	58 000	"

\* Diese Gewerkschaftsführungen wurden bereits unter der Militärdiktatur nach dem damals gültigen Gesetz gewählt.

QUELLE: El Clarín, Edición Internacional, 24.-30.12.1984

## ERSTE EINSCHÄTZUNG

Aus den Wahlergebnissen wird deutlich, daß die Dominanz des Peronismus in seinen unterschiedlichen Fraktionen in der Gewerkschaftsbewegung ungebrochen ist. Die Posten der Generalsekretäre der wichtigsten Gewerkschaften werden weiterhin von den traditionellen peronistischen Fraktionen gehalten. Trotzdem schnitten die "Unabhängigen" angesichts ihrer Ausgangsbedingungen vergleichsweise gut ab. Die zukünftige Entwicklung muß zeigen, ob diese Listen dazu beitragen können, die gewerkschaftliche Demokratisierung zu vertiefen. Auffällig ist auch, daß die rechtspersonisti-

schen "62 Organisationen" zwar weiterhin die stärkste Einzelgruppe sind, aber auf dem CGT-Kongreß nicht mehr die Mehrheit stellen werden. Dort dürften die Gewerkschaften mit "unabhängigen" Leitungen eine wichtige Rolle bei der Entscheidung über die Besetzung des Generalsekretariats spielen.

Bevor genauere Aussagen über die Weiterentwicklung der argentinischen Gewerkschaftsbewegung gemacht werden, müssen noch wichtige Entscheidungen abgewartet werden: einige große Einzelgewerkschaften haben noch nicht gewählt, der CGT-Kongreß steht noch bevor, ebenso die Wahl der Betriebsdelegierten. Dann folgen auch die Verhandlungen um ein neues umfassendes Gewerkschaftsgesetz. Abzuwarten bleibt auch, welche konkrete Politik die neue Gewerkschaftsführung auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik machen werden. Die weitere Stabilität der Regierung Alfonsín hängt in hohem Maße davon ab, mit den Gewerkschaften zu einem Konsens über die Wirtschaftspolitik zu kommen. Dies ist deshalb ein schwieriges Problem, weil sie angesichts der Wirtschaftslage und der Forderungen des IWF hohen Lohnforderungen nicht nachgeben kann, die Gewerkschaften aber andererseits die Interessen der Arbeiter vertreten müssen, der soziale Situation infolge der Wirtschaftskrise katastrophal ist.

## PERONISTISCHE PARTEI VOR DER SPALTUNG?

Auf dem Parteikongreß des Partido Justicialista am 15. Dezember vergangenen Jahres in Buenos Aires kam es zu einem Eklat: Einem Teil der Delegierten, die sich in einer oppositionellen Gruppe zusammengefunden hatten, wurde die Teilnahme an der Wahl der Parteigremien verwehrt und verließ daraufhin den Saal.

Was war geschehen? Am 7.12 gründeten Angehörige verschiedener Fraktionen der peronistischen Bewegung eine "Peronistische Erneuerungsfrente", die eine tiefgreifende Neuerung des Peronismus anstrebt. Zu dieser Gruppe gehören die "Bewegung für Einheit, Solidarität und Organisation" des ehemaligen Wirtschaftsministers Cafiero, die "Peronistische Einheitsfront" unter Führung des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten des Partido Justicialista Italo Luder und einige Kongreßabgeordnete, sowie Gewerkschaftsführer, darunter Jorge Triaca. Diese Gruppe macht vor allem Front gegen den Vorsitzenden der peronistischen Partei in Buenos Aires, Herminio Iglesias.

Dieser war es dann auch, der mit seinen Schlägertrups auf dem Peronistenkongreß am 15.12. dafür sorgte, daß die Dissidenten nicht an den Wahlen teilnehmen konnten. Nach dem Auszug der Dissidenten wählten die verbliebenen Kongreßteilnehmer Isabel Perón wiederum zur Parteipräsidentin, den Gouverneur von Santa Fé, José María Vernet, zum Vizepräsidenten und Lorenzo Miguel zum zweiten Vizepräsidenten. Herminio Iglesias wurde als Generalsekretär gewählt. Die Kongreßleitung erklärte, da mehr als 50%

der Kongreßdelegierten anwesend seien, sei der Kongreß den Parteistatuten zufolge berechtigt, eine neue Parteispitze zu wählen.

Die Dissidenten haben vor Gericht geklagt, die Wahl sei wegen Verletzung der Statuten null und nichtig. Gleichzeitig wählten sie einen parallelen Vorstand, der von sämtlichen peronistischen Senatoren, mehr als 70 Abgeordneten und der großen Mehrheit der Provinzgouverneure sowie 350 Delegierten des Kongresses unterstützt wird. Dieser Vorstand soll die Geschäfte führen und für den 2. Februar einen neuen Parteikongreß einberufen. Damit hat der Partido Justicialista derzeit zwei rivalisierende Parteiführungen.

Der Konflikt wird jetzt erst einmal auf Provinzebene weitergeführt werden. In Buenos Aires steht der Provinz-Parteitag der Peronisten an. Dabei ist vor allem Herminio Iglesias als Provinzvorsitzender umstritten. Während die Dissidenten eine Neuwahl verlangen, da in der Übergangszeit der Demokratisierung das Mandat von Iglesias nur ein Jahr betrage, argumentieren die Anhänger des Provinzbosses, der Kongreß habe beschlossen, das Mandat solle zwei Jahre dauern.

Zwischen beiden Fraktionen finden derzeit Verhandlungen statt. Die Situation wird dadurch besonders verschärft, daß im Oktober Nachwahlen zum Kongreß anstehen, da in Argentinien - nach US-amerikanischem Vorbild - alle zwei Jahre ein Drittel der Abgeordneten neu gewählt werden.



Herminio Iglesias



Raúl Bercovich Rodríguez

Wenn es zu keiner Einigung zwischen den beiden rivalisierenden Gruppen kommt, ist es durchaus wahrscheinlich, daß sich die mitgliederstärkste Partei Argentiniens spaltet.

Dies wäre ein sehr wichtiger Einschnitt in der politischen Geschichte des Landes. Seit den 40er Jahren dominiert die peronistische Bewegung die argentinische Politik - auch in den Zeiten, wo sie verfolgt und verboten war. Peronismus ja oder nein - das war über Jahrzehnte hinweg der Scheidepunkt der argentinischen Politik. Die enge Verzahnung von peronistischer Partei und Gewerkschaften, die Identifizierung der Masse der argentinischen Bevölkerung mit dieser Bewegung machte die peronistische Bewegung zum einflußreichsten Machtfaktor.

Seit der Militärdiktatur ist die Partei allerdings in einer schweren Krise. Der Tod Peróns, der die Integrationsfigur zwischen den verschiedenen Fraktionen war, konnte von seiner Frau und Nachfolgerin Isabel nicht ausgefüllt werden. Die Wahlniederlage gegen die Unión Cívica Radical unter Raúl Alfonsín tat ein Übriges. Während eine Gruppe um Lorenzo Miguel und Herminio Iglesias auf Kontinuität des autoritären, hierarchischen Peronismus setzte, wehrten sich - aus sehr unterschiedlichen Motiven - andere Gruppen innerhalb der Partei gegen diesen Führungsanspruch.

Eine Parteispaltung würde die Fronten innerhalb des Peronismus klären, wäre aber auch das Ende der peronistischen Bewegung in der derzeitigen Form. Dies wird auch Auswirkungen auf die peronistisch dominierten Gewerkschaften haben, deren Führung sich dann nicht mehr auf eine diffuse Bewegung mit den unterschiedlichsten Ausprägungen beziehen kann.

QUELLEN: El Clarín Internacional (Buenos Aires), La Voz (Buenos Aires), El Bimestre (CISEA, Buenos Aires), FAZ, Handelsblatt, Monitor-Dienst, Latin America Weekly Report

#### ANEMERKUNG:

1) Prinzipiell gibt es in der Gewerkschaftsorganisation Assoziationen, die theoretisch dezentralisiert sind, während die "uniones" zentr gelenkte Gewerkschaften mit geringen Rechten der lokalen Gliederungen darstellen. De facto haben aber auch die Assoziationen heute keine dezentrale Struktur mehr. In der vertikalen Hierarchie bilden die Einzelgewerkschaften "Organisationen ersten Grades", deren nationale Zusammenschlüsse die "zweiten Grades", während die CGT eine Organisation "dritten Grades" ist.

## SAN FRANCISCO MIME TROUP auf Deutschlandtournee

Endlich gelangte einmal eine erfreuliche Nachricht zu uns über den großen Teich: Die SAN FRANCISCO MIME TROUPE feierte nicht nur ihren 25-jährigen Geburtstag, sie kommt auch demnächst nach Deutschland. Im Februar und März gastiert diese unter anderen mit dem Off-Broadway-Preis der Village Voice für ihre Verdienste um "die Einheit von Theater, Revolution und Frohsinn in den Parks" ausgezeichnete Straßentheatertruppe in verschiedenen deutschen Städten sowie in Bern.

Besonders die Lateinamerikastücke der Truppe "Frijoles, or Beans to You" und "Last Tango in Huahuateno" (ein Solidaritätsbeitrag zu den Befreiungskämpfen in Nicaragua und El Salvador) dürfte manchen LN-Lesern von früheren Tourneen noch in angenehmer Erinnerung sein. Wer dieses witzig-subversive Theaterkollektiv aus Schwarz und Weiß, Chicano und Filipino, Mann und Frau einmal erlebt hat, wird keine Aufführung mehr auslassen.

Die SAN FRANCISCO MIME TROUPE ist ein linkes politisches Volkstheater im allerbesten Sinne. Ihre Themen sind sozial und politisch engagiert und reichen von der Geschichte des US-Imperialismus über US-Arbeiterbewegung bis Hausbesetzungen. Ihre Spieltechnik benutzt populäre Formen wie TV-Shows, Science-Fiction oder Comic-Strips, und immer ist das Spektakel begleitet von fetzigen mitreißenden Musikeinlagen im Blues-, Punk- oder Salsaschritt und zündenden geistreich bis bissigen Liedern, wie beispielsweise dem Song vom Armageddonman:

Can you guess just who we are?/ One part business,  
one part war/ We've got the weapons, banks and land/  
Call us Armageddonman.

There is less but we want more/ So we take it from  
the poor/ You can't stop us, no one can/  
Because we're Armageddonman...

Nach bester Brecht'scher Theaterdialektik entwickelt die MIME TROUPE ihre Stücke aus den politischen und gesellschaftlichen Widersprüchen, aus denen sie auch ihren Humor und Witz bezieht, denn "der Witz der Widersprüchlichkeiten sind Vergnügungen an der Lebendigkeit des Menschen". (B. Brecht)



Auf ihrer diesjährigen Tournee zeigt die MIME TROUPE das Stück "Factwino Superman" - der Superman, der aus der Gosse kam. In dem Stück wird die "moral majority", seit Reagan ein Synonym für die im Namen des rechtschaffenen amerikanischen Durchschnittsbürgers sprechende, militante Ultrarechte, in allen möglichen Lebenslagen von dem schwarzen, vom Alkoholiker und Penner (wino) auf wunderbare Weise zum Comic-Superhelden gewordenen Factwino aufgeklärt und zum Nachdenken und Andershandeln gebracht.

Auch wer nicht fließend Englisch spricht, nur herein-spaziert. Bei der langjährigen Erfahrung im Straßentheaterspiel der Truppe hat noch jeder Zuschauer kapiert worum es geht und seinen Spaß gehabt.

Aufführungstermine: Berlin (West) 16. bis 21.2. (Quartier Latin); Berlin (Ost) 9., 12. und 15.2.; Braunschweig 26.2.; Bremen 27., 28.2. und 2.3.; Hamburg 3. und 4.3.; Marburg 5.3.; Tübingen 13. und 14.3.; Kassel 16.3.

Literaturhinweis: G. Burger/ D. Herms, SAN FRANCISCO MIME TROUPE 1959-1984, SH 62, ARGUMENT Verlag Berlin.

# Ein Bücher-Bus für Nicaragua

*Aufruf zur Finanzierung einer Fahrbibliothek für Nicaragua*

Beim Sieg der Revolution im Juli 1979 standen dem Lande nicht mehr als 12 öffentliche Büchereien zur Verfügung, deren Bücherbestand und Dienstleistungen unzureichend waren. Heute gibt es über das ganze Land hin verteilt 44 öffentliche Büchereien, aber nur einen Bücherbus (Geschenk von Venezuela). Dieser wird bei dem jährlichen Bücherei-Werbefeldzug eingesetzt. Sonst versorgt er regelmäßig ca 5000 Arbeiter in verschiedenen Betrieben der Hauptstadt.

Bei einer Reise nach Nicaragua im Frühjahr 1984 konnten wir uns davon überzeugen, wie groß das Informations- und Lesebedürfnis der Bevölkerung ist und wie Alltagsleben, Politik und kulturelles Leben miteinander verwoben sind. Kultur ist hier der Versuch, die eigene Lebenssituation zu begreifen und neu zu gestalten. Im ganzen Land werden Werkstätten der Poesie eingerichtet. Menschen, die gerade erst lesen und schreiben gelernt haben, schreiben Gedichte.

Um diese neuartige Kulturarbeit zu unterstützen und den Erfolg der Alphabetisierungskampagne (die Zahl der Analphabeten sank von über 50% auf unter 12%) zu vertiefen, brauchen die Menschen jetzt Bücher.

So rufen wir auf, dem Volk von Nicaragua einen zweiten Bücherbus zu schenken. Er soll weitere Betriebe und Schulen in Managua sowie in den Bezirken Masaya und Granada mit Literatur versorgen. Die Personalkosten (Dienststellenleiter und Fahrer) und Materialkosten für den laufenden Betrieb übernimmt die Regierung Nicaraguas.

Durch eine einmalige Hilfsaktion soll folgendes angeschafft werden: 5000 Bücher, ein Diesel-Bücherbus samt Zubehör und einem Satz Reservereifen, Lautsprecher, Mikrofon und Tonbandgerät, 100 Kassetten, Diaprojektor, Schreibmaschine, Rechenmaschine und Fotokamera. Dies wird voraussichtlich DM 300.000,- kosten. Bitte spenden Sie herzlich und reichlich. Die Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Wir wollen Spenden, die bis Ende 1985 eintreffen durchnummerieren und anschließend unter den Spendern drei Originalgemälde sowie 10 Reproduktionen der Bauernmalerei aus Nicaragua verlosen.

Wir erbitten Ihre Spende unter dem Stichwort Bücherbus für Nicaragua auf das Spendenkonto: Ernesto Cardenal, Stadtparkasse Wuppertal, Konto 990 2768 (BLZ 330 500 00)

Weitere Informationen bei den Initiatoren des Projekts:  
Dipl. Bibl. Elisabeth Zilz, Kesslerstr. 5, 6000 Frankfurt 50  
Dr. Markus Krämer, Braunsbergstr. 67, 3500 Kassel

## Zeitschriftenschau

BRASILIEN NACHRICHTEN Nr. 83/1984

Lichtenbergstr. 1, 4500 Osnabrück

Menschenrechte in Brasilien I: Blick zurück. 1964 - 1984. Bilanz von 20 Jahren Militärherrschaft / Interview mit Margarida Genevois, Justiça e Paz / Menschenrechte in Versform. Artikel 1-10 / Rassendiskriminierung / Landkonflikte. Bauernlegen. Cubatao - Tal des Todes. Von Skandal zu Skandal: Geschichte der FUNAI 1970-1984 / Folter in brasilianischen Gefängnissen. Besuch im Gefängnis Hélio Gomes. Militärpolizei in den Favelas von Sao Paulo / Notstand in Brasilia. Justiz, im Dienste der Repression / Lynchmord per Abstimmung / Offensive gegen Theologie der Befreiung / Sozialdaten / Tancredo já / Gift im Briefumschlag ...

BRASILIEN NACHRICHTEN Nr. 84/1984

Lichtenbergstr. 1, 4500 Osnabrück

Menschenrechte in Brasilien II: Menschenrechtsreport des State-Department / Menschenrechte in Versform. Artikel 11-30 / Bücher zum Exil / Juruna ergreift Partei für Kakaobarone / Bilder aus der Hungerregion Nordosten / Wir trauern um Mário Eugênio Rafael de Oliveira / Zensur. Gewerkschafter freigesprochen. KP-führer verhaftet / Diretas já / Putschgerüchte. PDS im Abwind / menores abandonados. Straßenkinder in Brasilien / Recht auf Arbeit? / Erziehung als Praxis zur Freiheit. CECUP / Analyse zum "Gesetz zur Nationalen Sicherheit" / amnesty international in Brasilien. Menschenrechtsarbeit von Justiça e Paz / Neue Stellungnahmen zu den Beschuldigungen gegen VW-Fazenda: Soares, Rezende, Bruegger: Besuch auf der Fazenda / Der unaufhaltsame Abstieg des Paulo Salim Maluf ...

blätter des iz3w, Nr. 122, Dez. 1984 Postf.5328, 7800 Freiburg  
Themenschwerpunkt: Entwicklungspolitik nach der Wende: Exportförderung im Gewand der Entwicklungspolitik / Kontroverse um den DED / Zur neuen BMZ Kinderfibel / Entwicklungspolitische Wende als Ende des entwicklungs politischen Films / Rüstungsexportpolitik / Menschenrechtspolitik der Wenderegierung / Aktuelle Stunde im Bundestag zu Nicaragua / Nachrichten und Berichte zu: Uganda, Äthiopien, Philippinen / Schiiten im Irak / Ein Thai-Haus und die Folgen / Rede von Enrique Schmidt

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ, Nr. 4/1984

Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

Togo 1984 - 1984. Der gewöhnliche Kolonialismus: Hintergründe und Bedeutung der Berliner Afrika-Konferenz / Rolle des Branntweinhandels bei der Kolonisierung Westafrikas / die Kontinuität kolonialistischer Ideologie und Propaganda seit dem 1. Weltkrieg / Die politische und wirtschaftliche Entwicklung Togos seit der Unabhängigkeit / afrikanische und europäische Interessen bei der Annexion Togos / Über die Besonderheiten der äußerst herzlichen bayerisch-togoischen Beziehungen.

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ, Nr. 5/1984

Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

Brasilien: Vom Wunderland zum Schuldnerland: Schwellenländerproblematik am Beispiel Brasiliens / Ursachen der Verschuldung / Außenpolitik des IWF / Politische Entwicklung bis zur Präsidentenwahl

AIB, Nr. 1/1985 Liebigstr. 46, 3550 Marburg  
 Kommentar: Äthiopien - ein gefundenes Fressen / Äthiopien: 10 Jahre - eine kurze Zeit / Die Hungerkatastrophe - Ursachen und Gegenmaßnahmen / Südafrika: Militärische Zusammenarbeit BRD-Südafrika / Neue Stufe des Widerstands / Nicaragua: "Die stärkste Waffe ist das Volk" / Gespräch mit S. Ramirez / Interview mit Fidel Castro / Uruguay: Die Schwelle zur Demokratie / Chile: Pinochet setzt auf Terror / Palästina: Der Nationalrat von Amman / Interview mit A. Jihad / Libanon: Die Verhandlungen von Naqoura / Indien: Indien nach Indira / Pazifik/Korea: Korea in der "neuen Pazifikära" / Seerecht: Bonn steift aus / Ausländerpolitik: Internationale Konferenz gegen das neue Ausländergesetz

### INFORMATIONSDIENST SÜDLICHES AFRIKA, Nr. 8/1984

Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1  
 Schwerpunkt: 6 Millionen - Zwangsumsiedlung in Südafrika: Nur für Weiße: Deportation der Schwarzen in Südafrika geht weiter / Mgwali ist meine Heimat: Die Einwohner von Mgwali wehren sich gegen eine Umsiedlung in die Ciskei / 'Die Leute sind glücklich': Von der 'Freiwilligkeit der Deportation' / 'Let the People in': Freie Arbeitskraft statt Zugangskontrolle / Südafrika: Unschuldslamm Inkatha: Zu den Vorfällen in Lamontville/Durban / Eine Frauengruppe stellt sich vor: Black Woman Unite / Fällt der Sportboykott? / Zimbabwe: Landwirtschaftliche Erzeugergesellschaften / Mosambik: Ein Traum wird zerstört: Trotz Waffenstillstandsabkommen mit Südafrika wächst der Druck auf Mosambik / Angola: Brief von Dos Santos an Cuellar / Seminare: Symposium des UNO-Rates für Namibia / Solidaritätskonferenz: Stellungnahmen und Auszüge aus den Reden.

### epd-Entwicklungspolitik, Nr. 23/24/1984

Friedrichstr. 2 - 6, 6000 Frankfurt 17  
 A. Skriver: "Die Unordnung der Weltwirtschaft hat zugenommen" - 10 Jahre Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten / W. Kessler: Euro-Dollar-Markt - Wann bricht die Kreditpyramide zusammen? / B. Moltmann: Was nach der Bundestags-Anhörung folgen muß: Kirchen dürfen "Rüstung und Entwicklung" nicht zum "Fluchthema" werden lassen / Dokumentation: Ökologiedebatte und Entwicklungstheorie / Pestizideinsatz in der Dritten Welt

### Projektträger für 1985 gesucht

Der Service Civil International - Deutscher Zweig e.V. - führt jährlich eine große Zahl von freiwilligen Arbeitseinsätzen in den Schwerpunktbereichen Ökologie / Umweltschutz / Naturschutz, Antifaschismus und 3.-Welt-Solidarität durch.

Ziel dieser SCI-Workcamps ist es, durch praktische Arbeit materielle Hilfe im Umwelt- und Naturschutz zu leisten, durch Öffentlichkeitsarbeit die Partnerinitiativen zu unterstützen und die Teilnehmer zu einem bewußteren Umgehen und zu einem größeren Bewußtsein mit und für die Umweltprobleme unserer Zeit zu motivieren. Die durchschnittlich 15-20 Freiwilligen, die vornehmlich aus ganz Europa, aber auch aus Afrika, Asien und den USA kommen, leben unter einfachen Bedingungen in den Camps, tragen ihre Reisekosten selbst und führen neben der durchschnittlich 6stündigen täglichen Arbeit ein politisches Bildungsprogramm mit ihren Partnerinitiativen durch.

Für 1985 suchen wir noch weitere Projektträger, die mit uns zusammenarbeiten wollen. Für weitere Informationen stehen wir gerne zur Verfügung:

Service Civil International Blücherstr. 14 5300 Bonn 1 Tel.: 0228/21 20 86/7

## Eingegangene Bücher

Theo Ginsburg/Monika Ostheide (Hrsg.): Lateinamerika vor der Entscheidung - Ein Kontinent sucht seinen Weg. Fischer-TB, Frankfurt/M. 1984, 290 S.

Manuel Scorza: Der schlaflose Reiter. Roman. Benziger Verlag, Zürich - Köln 1984, 220 S.

Marcel Bühler/Leo Lockner: Geschäfte mit der Armut. Pharma-Konzerne in der Dritten Welt. Aktualisierte Ausgabe. Lamuv-TB 37, Bornheim-Merten 1984, 220 S.

Peter Hadwiger/Jochen Hippler/Helmut Lotz: Kaffee - Gewohnheit und Konsequenz. Edition día, St. Gallen und Wuppertal, 2. überarbeitete Auflage, 1984, 100 S., viele Fotos

Bernd Merzenich: GEWÜRZE - Konsequenzen des Geschmacks. Edition día, St. Gallen und Wuppertal 1984, 70 S.

João Urban/Teresa Urban Furtado: Bóias-frias - Tagelöhner im Süden Brasiliens. Edition día, St. Gallen und Wuppertal, 110 S., Bildband

Anne Cuneo: Hotel Venus. Limmat-Verlag, Zürich 1984, 90 S., viele Fotos aus Cuba

Roger Sánchez: Karikaturen aus Nicaragua. Edition Nahua 5, Wuppertal 1985, 118 S.

Der wichtigste Agrar-(Export-)Rohstoff

Tonbildreihe (50 B./25 min)

# KAFFEE

Solidaritätsarbeit Medium der

Themen: Anbau u. Pflege | Lebensbedingungen der Kaffeearbeiter | Weltmarkt u. Börse | Deutsche Kaffeekonzerne | u. a.

Ausleihe (30,- DM) oder Verkauf (100,- DM)

Lieferumfang: 50 Dias, Tonkassette, Textheft auf Anfrage: Bücher u. andere Materialien

bei: Dritte Welt Laden Aachen e. V.  
 Jakobstr. 61-63, 5100 Aachen, Tel. (0241) 21694



# AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT



Ausgabe 1/1985

## Widerspenstiges Nikaragua

Nikaragua nach der Wahl ● Gespräch mit Sergio Ramirez ● Interview mit Fidel Castro

**Außerdem:** Äthiopien - Hunger und Revolution ● Indien nach Indira ● PLO-Nationalrat ● Demokratie in Uruguay ● Streik in Südafrika ● Chile ● Libanon ● Korea in der „neuen Pazifikära“ ● Seerecht

Ausgabe 2/1985

## Psychologische Kriegsführung

Neue Internationale Informationsordnung gegen Medien-Imperialismus ● UNESCO unter Beschuß ● Psychologischer Krieg gegen Nikaragua ● Die rote Flut

**Außerdem:** Verhandlungsangebot Angolas ● Rajiv Gandhis Erdrutschsieg ● Grenada-Wahlen unter der Besatzung ● Argentinien - ein Jahr Demokratie ● Das Abkommen von Lomé III ● Neukaledonien - Kanaken fordern Unabhängigkeit

Einzelheft 2,50 DM, Sonderheft 2,-DM, Jahresabonnement 25 DM. 33% Rabatt ab 10 Expl. Vorauszahlung in Briefmarken bei Bestellungen unter 10 DM. Porto 0,60 DM je Heft. Kündigung nur zum Jahresende.

Coupon/Bitte einschicken an:  
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg  
Ich bestelle:

- \_\_\_\_ Ex. AIB 1/85  
 \_\_\_\_ Ex. AIB 2/85  
 ein kostenloses Probeheft  
 ein Abonnement ab Nr. \_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschr.: \_\_\_\_\_

Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Noticiero Latinoamericano

Cada semana toda la información Latinoamericana



NOTICIERO LATINOAMERICANO es un periódico semanal de circulación europea. Un completo panorama de la actualidad noticiosa tanto proveniente del continente como originada en Europa. Suscríbese o adquiera en las principales librerías y kioscos especializados.

PRECIO: DM 1,50.-

Redacción, publicidad y abonos: Gonzalo Ramírez, Kath.-Eberhard-Str.6, 8013 HAAR-Tel:(089)4603906; y Héctor Barrientos, Ludwigkirchstr.9-A, BERLIN 15 Tel:(030)8819262

## Befreiender Glaube Solidarischer Handeln



ZUSAMMENKUNFT  
IM GEDENKEN AN  
OSCAR A. ROMERO

KÖLN  
15.-17. MÄRZ 1985

Unter diesem Motto laden die CIES und die Leserinitiative Publik zu einer internationalen Zusammenkunft ein, die sich mit drei Schwerpunktthemen befassen soll:

- + Situation in Mittelamerika Zeugnisse von Christen aus Nicaragua und El Salvador;
- + Theologie der Befreiung;
- + Kritisches Christsein in Deutschland, Ansätze einer basisorientierten Kirche;

Nähere Informationen von:  
Leserinitiative Publik,  
d/o Andreas Steinebach  
Pf.: 700771; 6000 FFM 70

Studien zu Zentralamerika

# Istmo

Sozialwissenschaftliche  
Studiengesellschaft  
Zentralamerika e.V.  
Coerdastraße 42  
D-4400 Münster

Die Hefte sind erhältlich über den Buchhandel (ISSN 0724-0716) oder direkt beim Herausgeber. Einzelheft 4,-DM, Doppelheft 8,-DM

HEFT 1 (März 1982)

Ernesto Richer: Ursachen der Zentralamerikanischen Krise und mögliche US-Reaktionen  
Eduardo Galeano: Zum Kongreß gegen die Intervention in Zentralamerika  
Albert Recknagel: Guatemala: Ökonomische Stagnation, Herrschaftskrise und Volkswiderstand

HEFT 2 (Oktober 1982)

Alexander Schubert: Intervention, Hegemonieverlust und Militarisierung der Außenbeziehungen: Zur neuen Phase US-Außenpolitik  
Einar Aulvick: Die deutsche Beteiligung des Neoliberalismus  
Manfred Kron: Neue Deutsche Wende: Schritte zur Außenpolitik nach Helmut Schmidt

HEFT 3/4 (Februar 1983)

Peter Maron: Wölfe im Schafspelz - Zur Rolle Westeuropas in Zentralamerika und der Karibik  
Manfred Kron: Neue Deutsche Wende (II): Lob des Marktmechanismus. Zur wirtschaftspolitischen Grundorientierung der Entwicklungspolitik der CDU/CSU  
Andreas Gampart: Die NATO: Knechtbündnis zur Durchsetzung der Welt Herrschaft des Kapitals  
Gaby Gathwas: Ideologie und Praxis konservativer Entwicklungspolitik  
Reiner Hage: Eigene Wirtschaftskrisen der BRD in Zentralamerika? (Einführung)

HEFT 5 (März 1984)

Gaby Gathwas: Wahlen in El Salvador März 1984 - Hat die westdeutsche Sozialdemokratie schon gewählt?  
Jorge Castañeda: Der Krieg geht weiter in Mittelamerika: keine Verhandlungslösung in Sicht  
Manfred Kron: Das Counterrevolutionary Hemispheric Terror Network - eine neue Form imperialistischer Herrschaft in Lateinamerika

HEFT 6/7 (Juli 1984)

Norm Chomsky: Interview zur Zentralamerika - Politik der Reagan - Administration  
Heinz Dielerich: Das Netzwerk des Staatsterrorismus in Lateinamerika: CHTN, Teil 2  
Manfred Kron: Contadora - Lösung, Befriedung, Fehlschlag?  
Reiner Hage: Handel und Wandel. Was hat die BRD in Mittelamerika eine Wende nach ihrem Bilde will  
Ernesto Richer: El Salvador. Perspektiven einer politischen Lösung

HEFT 8 (Januar 1985)

Fritzyof Schmidt: Neuvorfassung eines "erfolgreichen Modells"? EG - ASEAN und die Außenministerkonferenz in San José  
Albert Recknagel: Wahlen im Counterinsurgency - Staat. Was verbirgt sich hinter der "Demokratisierung autoritärer Regimes?"  
Gaby Gathwas: Die Verhandlungen in El Salvador. Perspektiven für einen Frieden?

